



Ausschuss für Europa und Internationales

25. Sitzung (öffentlich)

7. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:15 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | | |
|----------|---|----------|
| | Vor Eintritt in die Tagesordnung | 3 |
| 1 | „25 Jahre Post-Apartheid: NRW-Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung stärken!“ | 4 |
| | Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5379 – Neudruck

– Anhörung von Sachverständigen (<i>s. Anlage</i>) | |

2 Europäische Strategie für Kunststoff in der Kreislaufwirtschaft 29

Vorlage 17/1553

Stellungnahme 17/1406

Stellungnahme 17/1411

Stellungnahme 17/1424

Stellungnahme 17/1436

Stellungnahme 17/1443

Stellungnahme 17/1444

Stellungnahme 17/1445

– Aussprache

3 Lernen über Europa für Europa: Europapolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit weiter stärken 34

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/4106

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/4106** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

* * *

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzender Dietmar Brockes (FDP) begrüßt die Ausschussmitglieder und die Vertreter der Landesregierung herzlich zur 25. Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales. Besonders begrüße er die Sachverständigen, die gleich zum Tagesordnungspunkt 1 zur Verfügung stehen würden.

Des Weiteren wolle er dem Kollegen Dr. Stefan Berger herzlich gratulieren, der zukünftig im Europäischen Parlament das Land vertreten werde.

1 „25 Jahre Post-Apartheid: NRW-Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung stärken!“

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5379 – Neudruck

– Anhörung von Sachverständigen (s. *Anlage*)

Vorsitzender Dietmar Brockes: Meine Damen und Herren, wie Sie alle wissen, wurde dieser Antrag vom Plenum in seiner Sitzung am 20. März an uns überwiesen. Wir hatten daraufhin beschlossen, hierzu eine öffentliche Anhörung durchzuführen. Ich danke allen Sachverständigen für Ihre heutige Teilnahme und auch für Ihre schriftlichen Stellungnahmen.

Wir verfahren bei uns im Ausschuss so – die schriftlichen Stellungnahmen sind im Vorhinein allen zugegangen und wurden bereits von den Fraktionen ausgewertet –, dass wir auf ein Eingangsstatement verzichten, sodass wir direkt in die Fragen- und Antwortrunden einsteigen. Das heißt, wir sammeln immer einige Fragen der Abgeordneten und steigen anschließend in die Antwortrunde ein, sodass ich die herzliche Bitte habe, dass Sie sich die Fragen, die Sie betreffen, entsprechend notieren.

An die Kolleginnen und Kollegen hätte ich die herzliche Bitte, sich recht kurz zu fassen. Umso mehr Zeit haben wir, möglichst viele Fragen abzuarbeiten. Wenn jeder nach Möglichkeit zwei Fragen an maximal zwei Sachverständige richten würden, dann kommen wir ganz gut durch. Unser Ziel ist, in anderthalb, spätestens zwei Stunden mit dieser Anhörung durch zu sein.

Ich darf fragen, ob es Ihrerseits noch Fragen zum Verfahren gibt. Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann können wir so verfahren. Dann darf ich die Kolleginnen und Kollegen fragen, wer Fragen stellen möchte. Als Erster hatte sich der Kollege Krauß gemeldet. – Bitte schön.

Oliver Krauß (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank, meine Damen und Herren, dass Sie uns heute ergänzend zu Ihren bisherigen Ausführungen Rede und Antwort stehen. Jetzt habe ich den Vorsitzenden so verstanden, er möge mich bitte korrigieren, dass ich zwei Fragen an jeweils zwei Sachverständige stellen kann, das sind vier Fragen, die ich jetzt offen habe.

(Zuruf: maximal!)

– Maximal! Ja, gut. Ich fange an mit Frau Pfarrerin Biere – Sie sind heute freundlicherweise für Herrn Dr. Möller da. Ich beziehe mich aber auf die Stellungnahme von Herrn Dr. Möller. Er schreibt in seiner Stellungnahme, dass die Kirchen in Nordrhein-Westfalen die besonderen Chancen von Jugendprogrammen und Freiwilligendiensten insbesondere im Rahmen ihrer entsprechenden eigenen Programme unterstützen könnten. Können Sie das bitte nochmal näher erläutern und vielleicht auch ein bis zwei anschauliche Beispiele schildern?

Zweite Frage an Sie wäre: Welche Potenziale sehen Sie für das weitere Engagement NRW's in Südafrika? Welche Schwerpunkte sollten dabei gesetzt werden?

Jetzt darf ich mir noch einen zweiten Sachverständigen aussuchen. Dann möchte ich Herrn Feltes fragen: Herr Feltes, Sie führen nachvollziehbar aus, dass eine Ausweitung der im Jahre 2015 beendeten Partnerschaft mit Mpumalanga auf die gesamte Republik Südafrika wohl ein zu hoch gestecktes Ziel ist. Können Sie Ihre Bedenken in Bezug auf die zu klärenden Fragen hinsichtlich der Kohärenz zu Initiativen, Strategien der Bundesregierung konkretisieren? Und könnten Sie durch Ihre Erfahrungen vor Ort etwas zu den Rahmenbedingungen in der Provinz Gauteng sagen? Welche Anknüpfungspunkte sehen Sie für die von Ihnen angedachte Partnerschaft? – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Als Nächster hat der Kollege Weiß für die SPD-Fraktion das Wort. – Bitte.

Rüdiger Weiß (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Ich versuche es auch arithmetisch richtig, wie der Kollege Krauß es hinbekommen hat, an zwei Sachverständige vier Fragen zu stellen. Meine Fragen gehen an Frau Dülge und an Herrn Hennig. Die erste Frage wäre: Warum sollte die Südafrika-Partnerschaft in der internationalen Arbeit der Landesregierung prominent besetzt werden, deutlicher besetzt werden? Das ist die eine Frage. Was wären da Ihre Wünsche oder Maßnahmen? Und warum brauchen wir – zweite Frage – überhaupt eine eigene Südafrika-Strategie für NRW?

Dritte Frage: Wie kann die NRW-Südafrika-Partnerschaft strukturell möglicherweise besser abgesichert werden? Wenn sie schon strukturell supertoll abgesichert ist, erübrigt sich die Frage. Aus meiner Frage ergibt sich vielleicht noch ein anderes Potenzial.

Die letzte Frage: Wie kann diese Partnerschaft, auch ohne dass wir sie institutionell absichern, weiter verbessert und überhaupt erst gut umgesetzt werden? – Das wären meine Fragen. Danke.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. – Als Nächstes hat sich für die Grüne-Fraktion Frau Kollegin Aymaz gemeldet, bitte.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Herzlichen Dank. Ob ich mich so richtig daran halte, weiß ich, ehrlich gesagt, gar nicht. Ich orientiere mich mal an den Fragen, die jetzt wichtig sind. Vielen Dank auch nochmal an der Stelle für Ihre Statements, die Sie eingereicht haben. Mich würde vor allen Dingen die aktuelle politische Lage in dem Land interessieren, dass Sie darauf nochmal kurz eingehen, weil das ja eigentlich die Grundvoraussetzung dafür ist, um zu gucken, wo genau die Kooperation verstetigt und fortgesetzt werden kann. Daher meine Frage: Wie hat sich die Situation nach den Wahlen, die kürzlich in dem Land stattgefunden haben, entwickelt? Was ist da zu berücksichtigen? Die Frage richtet sich an Herrn Kaußen genauso aber auch an Frau Dwors und

an Frau Biere. Sie alle sind frei, darauf eingehen zu können, ohne dass ich eine Eingrenzung machen möchte.

Dann wäre es mir auch wichtig, wenn Sie bei der Frage mit berücksichtigen könnten, inwiefern zivilgesellschaftliche Akteure für Kooperationen da noch gut ansprechbar sind oder nicht, und welche Rolle sie spielen, weil wir weltweit Entwicklungen erleben, wo Einschränkungen in der Arbeit der zivilgesellschaftlichen Akteure zu beobachten sind, genauso aber auch Entwicklungen haben, wo es wichtig ist, die Kooperation mit denen zu stärken und nicht nur staatliche Kooperationen im Auge zu haben.

Eine zweite Frage: Bei der thematischen Ausrichtung würde mich interessieren: Welcher neuen Themen bräuchte es bei der Kooperation mit der Region in Südafrika oder mit Südafrika? Und wie können diese neuen Themen gezielt erkundet werden? Was für ein Format, welche Empfehlungen haben Sie da konkret?

Da ich jetzt nur zwei Fragen habe, aber mehrere Akteure hier gerne zu Wort kommen lassen möchte, möchte ich hier in der ersten Runde erst einmal Schluss machen und dann in der zweiten Runde weiterfragen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Nächster hat sich der Kollege Tritschler für die AfD-Fraktion gemeldet. – Bitte.

Sven W. Tritschler (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! Vielen Dank von unserer Seite für die Stellungnahmen. Für die erste Runde zwei Fragen an Herrn Feltes und Herrn Dr. Kaußen. Zum einen: Wie bewerten Sie die ökonomische Entwicklung, und welche Risiken sind insbesondere mit den drohenden Enteignungen verbunden, was Investments angeht?

Die zweite Frage: Wie bewerten Sie die Lage von Minderheiten, insbesondere von der weißen Minderheit, in Südafrika?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. – Als Letzter in dieser ersten Fragerunde der Kollegen Nückel für die FDP-Fraktion, bitte.

Thomas Nückel (FDP): Vielen Dank für die ausführlichen Stellungnahmen. Ich hätte zwei Fragen zunächst an Herrn Feltes. Es gab, das wird ja ausgeführt, die Partnerschaft von NRW mit der Provinz Mpumalanga. Vielleicht können Sie nochmal zusammenfassen, was die Gründe dafür waren, die Sie dargestellt haben, warum die Partnerschaft nicht verlängert wurde? Hat sich dadurch eigentlich das zivilgesellschaftliche Engagement, was fortbestand, verschlechtert oder hatte es einen Einfluss?

Die nächste Frage an Sie wäre, obwohl diese Partnerschaft beendet wurde: Halten Sie es vor diesem Hintergrund für förderlich, wenn das Land sich jetzt hier wieder aktiv einbringt? Oder würde das bei den guten Sachen, die bei der Zusammenarbeit zivilgesellschaftlich und wirtschaftlich funktionieren, vielleicht nur störend wirken?

An das Eine Welt Netz, an Frau Dülge, hätte ich die Frage: Ich habe das Gefühl, dass das zivilgesellschaftliche Engagement insgesamt funktioniert, auch ohne dass es jetzt

einen staatlichen Rahmen durch eine Partnerschaft mit der Landesregierung gibt. Halten Sie es auch vor diesem Hintergrund – in Anlehnung an die Frage, die ich Herrn Feltes gestellt habe – für förderlich, wenn sich die Landesregierung jetzt auch auf operationeller Ebene wieder einmischt? Würde das nicht auch störend wirken, weil es eigentlich auf dem Gebiet funktioniert?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank für die erste Fragerunde. Wir gehen jetzt in der Reihenfolge vor, wie Sie hier aufgeführt sind. Als Erste ist, wenn ich richtig mitnotiert habe, Frau Dülge vom Eine Welt Netz NRW angesprochen worden. – Sie haben das Wort, Frau Dülge.

Monika Dülge (Eine Welt Netz NRW e. V., Düsseldorf): Schönen Dank für die Frage. Warum sollte die Südafrika-Partnerschaft deutlicher besetzt werden? Was ist überhaupt der Grund, sich mit Südafrika in dieser Richtung auseinanderzusetzen? Es ist für uns alle, glaube ich, ganz klar, welche Bedeutung Südafrika auf dem afrikanischen Kontinent hat. Da wir eine lange Tradition der Zusammenarbeit haben, bietet sich natürlich nichts mehr an, als diese Zusammenarbeit auch tatsächlich zu nutzen.

Alleine die Wirtschaft – Südafrika hat die Bedeutung als wirtschaftliches Ankerland auf dem Kontinent für gesamt Subsahara-Afrika –, das ist einfach so ein großes Potenzial vor dem Hintergrund einer Frage, wie wir Entwicklung auf dem afrikanischen Kontinent begleiten können, stärken können, Arbeitsplätze, Perspektiven für junge Leute schaffen können, ist das natürlich wirklich eine Priorität, sich tatsächlich auch mit Südafrika zu beschäftigen und Menschen zu unterstützen, jungen Menschen Perspektiven zu geben.

Es wäre schon ein ganz starkes Argument, auf der einen Seite Südafrika als wirtschaftliches Ankerland für die Region wahrzunehmen, die Perspektiven für junge Menschen zu schaffen und die Demokratisierung zu begleiten. Das sind schon mal drei ganz wichtige Argumente, um in Südafrika tätig zu werden. Das sind auch Argumente, wie wir aus unseren Gesprächen mit der Landesregierung wissen, die die Landesregierung ganz stark beschäftigt. Insofern sollte man dabei bleiben. Wenn dieses Engagement schon mal da ist und in einem so großen Rahmen passiert, dann sollte man tatsächlich das unterstützen, was vorhanden ist und die Potenziale an der Stelle auch wirklich ausschöpfen.

Südafrika ist in einem schwierigen Umbruchprozess. Gerade in einer solchen Situation braucht Südafrika, braucht die Zivilgesellschaft in Südafrika, braucht der Demokratisierungsprozess wirklich alle Unterstützung, die wir geben können, die wir in den Partnerschaften gemeinsam herstellen können. Da wäre es wirklich fatal, gerade in so einem Prozess, gerade jetzt auch nach den Wahlen da rauszugehen. Da sollte man als Landesregierung, als Parlament alles nutzen und alles verstärken, was an Engagement da ist, und das unterstützen.

Warum eine Südafrika-Partnerschaft? Ich glaube, das habe ich mit der Antwort schon deutlich gemacht. Wie sie dann strukturell besser abgesichert werden kann, das haben wir, denke ich, in unserer Stellungnahme schon ganz gut erläutert. Es gibt schon eine Menge Förderprogramme, die es aber verdienen, ausgebaut zu werden.

Ein ganz wichtiges Stichwort dabei ist, dass wir leider hier sitzen ohne Partner aus Südafrika. Das, was sich als Erstes anbieten würde, wäre natürlich, gemeinsam mit den Partnern in Südafrika zu überlegen: Wie können wir diese Partnerschaft nach vorne befördern? Wie können wir meinetwegen auch Ideen, die schon länger im Raum stehen, aufgreifen und gemeinsam darangehen, ein Think Tank zu Südafrika ins Leben zu rufen, den auch vielleicht zu nutzen, um so etwas wie eine Strategie gemeinsam zu entwickeln.

Wenn die Landesregierung an der Stelle vorangeht, aber die Zivilgesellschaft von Anfang an voll umfänglich dabei einbezogen wird, dann könnte so ein Think Tank eines der Formate sein, die man nutzen kann, um so eine Partnerschaft gemeinsam weiterzuentwickeln.

Es wäre für die Entwicklung einer gemeinsamen Strategie – es ist wirklich schade, dass wir heute niemanden in dieser Runde dabei haben – ganz wichtig, dass wir das im Austausch mit den Partnern machen, und zwar auf allen Ebenen, mit den zivilgesellschaftlichen Partnern in Südafrika. Unsere Haltung dazu ist auch, dass gerade das wirklich die Chancen sind, die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft auszubauen. – So viel vielleicht erst einmal an der Stelle dazu.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Und als Nächstes ging eine Frage an Frau Dwors von der Fachstelle Südafrika. Bitte, Sie haben das Wort.

Vera Dwors (Fachstelle Südafrika c/o Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der EKvW, Dortmund): Vielen Dank für die Fragen. Meine erste Frage bezog sich auf die aktuelle Lage in Südafrika. Dazu wird Stephan Kaußen gleich sicher auch noch ausführlicher etwas sagen können. Daher von mir vor allen Dingen ein Blick auf die Begegnung, die wir jetzt im Januar/Februar vor Ort direkt hatten – das war zwar noch vor den Wahlen –, nur uns ist immer wieder begegnet, dass die Menschen vor allen Dingen auf der Suche sind nach Arbeitsplätzen, nach guten Ausbildungsplätzen und nach innovativen neuen Ideen, ihr tägliches Einkommen zu schaffen. Das ist genau schon fast der Übergang zur zweiten Frage, nämlich da die Ideen auszubauen: Wie können wir mit neuen Kooperationen zwischen Nordrhein-Westfalen und Südafrika die Zusammenarbeit stärken und vor allen Dingen die Zivilgesellschaft und die Menschen vor Ort stärken?

Wir haben ganz tolle Projekte und Initiativen besucht, wo auf handwerklicher Ebene zusammengearbeitet wird, wo es um das Handwerk beispielsweise um Malerinnen und Malern oder MauerInnen geht, wo Kooperationen schon seit einiger Zeit aktiv sind und wo es sich sicherlich lohnt, den Bereich noch auszubauen.

Dann ist das Stichwort Social Entrepreneurship immer wichtiger geworden, also das soziale Unternehmertum. Da ist für uns auch nochmal der Ansatz zu gucken: Was können wir mit Südafrika gemeinsam erarbeiten? Nicht die Perspektive, wir bringen gute Ideen aus Nordrhein-Westfalen mit, sondern wir gucken gemeinsam, wie dieses soziale Unternehmertum in Südafrika gestärkt werden kann und vielleicht sogar Ideen in NRW umgesetzt werden, die aus Südafrika kommen. Das ist uns häufig begegnet.

Dann geht es auch um das Stichwort Digitalisierung, was ein weiterer Punkt ist. Wir fanden es sehr spannend, dass eine Schule in Khayelitsha, das ist ein Teil von Kapstadt, die Idee vorgebracht hat, dass eine digitale Schulpartnerschaft entstehen soll. Da auch die technischen Möglichkeiten dagewesen sind – dieser Wunsch wurde an eine Schule im Ruhrgebiet herangetragen –, das würden wir auf jeden Fall weiter unterstützen. Digitalisierung spielt da eine Rolle, die macht natürlich auch so etwas möglich wie gemeinsames internationales Lernen, was für nordrhein-westfälische Schulen und Ausbildung sicherlich auch genutzt werden kann.

Ein weiterer Bereich, der sich sicherlich lohnt, weiter auszubauen, ist das Thema „Energie, erneuerbare Energien“. Aber darauf gehen wir sicherlich zu einem späteren Zeitpunkt auch nochmal ein. – Danke schön.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Nächstes ging eine Frage an Herrn Hennig von Engagement Global. – Bitte.

Andreas Hennig (Engagement Global, Düsseldorf): Wie wir gesehen haben, haben wir auf eine schriftliche Stellungnahme verzichtet. Das hat ausschließlich den Grund, dass wir für die Landesregierung als Durchführungsorganisation in dem Förderprogramm arbeiten. Darauf möchte ich mich auch beziehen, weil wir langjährig auch schon über die Vorgängerorganisation die Aktivitäten von Zivilgesellschaft in Südafrika begleiten. Da kann man mehr machen, da läuft aber auch eine Menge. Ich denke, wir haben hier eine gute Basis an zivilgesellschaftlichen Akteuren, eine Struktur. Mein Gedanke dazu ist: Es wird gerade an entwicklungspolitischen Schwerpunkten gearbeitet.

Da muss man gucken, wie neben Ghana in Südafrika alles passend reingebaut werden kann. Ich denke schon, dass Südafrika ein wichtiger Partner ist. Nur auch mit den Erfahrungen, die wir in Mpumalanga gemacht haben ... Ich bin ich gespannt, wie die Konrad-Adenauer-Stiftung uns die Gründe darlegen wird. Ich war damals auch in der Steuerungsgruppe für die Mpumalanga-Partnerschaft. Das war eine gute Zeit, hatte aber auch gute Gründe, warum das vielleicht auseinandergegangen ist. Ich denke, sich strategische Gedanken über Südafrika zu machen, ist sinnvoll. Aber NRW sollte – wenn das jetzt in Richtung auf eine offizielle Partnerschaft gehen sollte – wegen der Augenhöhe schon ein bisschen vorsichtiger sein.

Einen Hinweis noch: Wir entsenden über die Förderprogramme – ich nenne die mal – in den kommunalen Partnerschaften. Der konkrete Friedensdienst entsendet junge Leute. Da würde ich vorschlagen, gerade den Bereich berufliche Bildung zu stärken, weil ich glaube, es geht nur weiter, wenn wir wirtschaftliche Entwicklungen unterstützen. Wir haben die Auslandsprojektförderung, wo wir auch mit Partnern wie den kirchlichen Hilfswerken zusammenarbeiten, wo wir im Bereich Gesundheit unterwegs sind, also kleinere Maßnahmen machen. Die GIZ ist in Südafrika aktiv. Von daher gibt es auch eine Menge, was man auch besser bündeln könnte.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Und als Nächstes darf ich für die Evangelische Kirche von Westfalen das Wort Frau Biere geben. – Bitte.

Christina Biere (Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld): Vielen Dank, vor allen Dingen Herrn Krauß für die Frage. Sie betrachten zunächst Jugend- und Freiwilligendienste. Jeder von uns, der einmal einem Jugendlichen oder einem jungen Erwachsenen begegnet ist, der einmal im Ausland, im internationalen Ausland war, hat die Erfahrung gemacht, wie verändert diese Menschen wiederkommen. Was sich neu in den letzten Jahren entwickelt hat, sind die Reverse-Programme, das heißt, dass auch junge Menschen aus den internationalen Partnerländern auch in Deutschland Erfahrungen machen können. Die Evangelische Kirche ist in diesem Programm auf ganz vielfältige Weise engagiert: der Vereinten Evangelischen Mission, diesem internationalen Netzwerk von Kirchen wie auch in bilateralen Partnerschaften.

Wir sehen zum Beispiel – ich habe jetzt das Volontärshaus in Dortmund vor Augen –, wie internationale Freiwillige, die zu uns kommen, auch unsere Städtegesellschaft massiv bereichern dadurch, dass sie ganz konkret ein Jahr arbeiten in Kindergärten, in Schulen, in Institutionen, auch im IT-Bereich. Sie stellen Fragen in den Arbeitsbereichen, in den sozialen Kontexten und bereichern damit nicht nur ihr eigenes Leben, sondern auch unsere Gesellschaft. Da können auch zivilgesellschaftliche Organisationen gemeinsam durchaus Erfahrungen mit einbringen in diesen Kontext.

Ihre zweite Frage betraf konkrete Ziele des weiteren Engagements des Landes NRW und Potenziale. Potenziale zunächst mal in der Richtung – es geht eigentlich um gemeinsames Lernen, wobei das auch immer unterschiedliche Schwerpunkte haben kann: Wer lernt von wem?

Im Bereich erneuerbare Energien zum Beispiel ist es sicherlich so, dass auf südafrikanischer Seite sehr viel Fantasie, Kreativität und Mut für das Ausprobieren neuer Projekte vorhanden ist, auf der Seite NRWs natürlich sehr viel Kompetenzen, Erfahrungswissen und auch Ressourcen, sodass im Bereich erneuerbarer Energien sehr viel Potenzial zu sehen ist.

Wir sind auch als Kirche in einem „One Climate Fund“ und versuchen, so eine Think Tank, so eine Kooperation schon aufzubauen. Das könnten wir als Erfahrung einbringen.

Das Potenzial auch in der Bildung – Herr Hennig hat das angesprochen –, berufliche Bildung, aber auch Bildung im Bereich der Gesundheit: Wir sind dort engagiert in Projekten, die gerade auf Jugendliche in Schulen fokussieren, und dort kulturelle Bildung mit Gesundheitsbildung vereinbaren. Wir sehen, wenn junge Menschen für ihre eigene Zielgruppe ausgebildet werden im Bereich „against HIV & AIDS“ zum Beispiel und dort dann Wissen in den Schulen verbreiten, dass das sehr erfolgreich ist.

Im Bereich Bildung, Bildung für Gesundheit: Ein Mädchen in einer Schule in Soweto ist mir sehr stark vor Augen, als sie gefragt wurde: Wieso solltest du dich in einer Partnerschaft für Deutschland engagieren? Sie sagte: Na ja, ich lebe in einer globalen Welt, ich muss doch wissen, wie die Wirtschaft in Europa funktioniert, um mich auskennen zu können. Das war so überzeugend, das gilt für südafrikanische junge Menschen genauso natürlich wie für deutsche junge Menschen, die sich auch auskennen müssen. Je mehr deutsche junge Menschen Wissen über die Herausforderungen und die Chancen und die Schwierigkeiten in anderen Kulturen und in anderen Ländern

haben, desto mehr wird es ihnen auch möglich sein, sich auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland und in der Welt zu orientieren.

Zur Frage der Zivilgesellschaft, die kam von Ihnen, Frau Aymaz: Gibt es dort Einschränkungen, oder wie ist es mit der Stärkung? Südafrika – soweit ich es beurteilen kann – ist ein Land, in dem die Einschränkungen zivilgesellschaftlichen Engagements noch nicht weit fortgeschritten ist – im Gegenteil: Ich sehe im Vergleich zu einer staatlichen Kooperation sehr viele Chancen darin, gerade auf zivilgesellschaftlicher Ebene die Zusammenarbeit zu stärken. Das, was auf staatlicher Seite oft schwierig ist – Sie haben auch Erfahrungen gemacht in der Kooperation mit Mpumalanga –, können wir vielerorts auffangen, indem wir kleinere Organisationen stärken, die ganz konkret zum Beispiel in die Schulen gehen in Soweto und junge Mädchen informieren über ihre gesundheitliche Situation und sie darin stärken, wie wichtig Bildung für sie ist. Das schaffen nur kleine Organisationen, die wirklich vor Ort verankert sind.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Nächstes für die Konrad-Adenauer-Stiftung, Herr Feltes, bitte.

Tilmann Feltes (Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin): Vielen Dank und guten Morgen! Ich glaube, das waren jetzt vier unterschiedliche Bereiche, zu denen ich gefragt wurde. Ich fange gerne mit der ersten an, die auf die Afrika-Strategie, auf bundespolitische Afrika-Strategien und die Einbettung etwaiger oder eventueller Südafrika-Strategien des Landes Nordrhein-Westfalen bezogen war. Das sehe ich so wie der Vorredner – Herr Hennig hat das angedeutet –, dass es auf Bundesebene schon große Initiativen gibt, Strategie-Papiere, BMZ. Andere Ministerien haben Afrika-Strategien entwickelt noch und nöcher. Die wurden jetzt unter den afrikapolitischen Leitlinien 2019 kohärenter zusammengefasst. Da ist viel Arbeit investiert worden.

Und wenn sich das Land NRW mit Südafrika beschäftigen würde im Rahmen einer übergreifenden Strategie, müsste man da erst einmal einhaken, sich diese ganzen Sachen genau angucken und dann schauen, ob man wirklich einen Mehrwert aus einer eigenen NRW-Strategie daraus ableiten kann.

Strategische Partnerschaft finde ich wichtig, dass man sich als Land NRW überlegt: Wo sind unsere politischen Mehrwerte, wo passen wir in Südafrika in welche Ebene gut rein, wo kann man eine strategische Partnerschaft befürworten, gerade vor dem Hintergrund, dass in diesen von mir genannten Strategien und Plänen Südafrika ein bisschen hinten runterfällt, weil der Fokus der Bundesregierung zwar auf Afrika insgesamt liegt, aber dennoch andere Regionen eher im Fokus sind, gerade auch mit der wirtschaftlichen Strahlungskraft von Südafrika, die meiner Meinung nach etwas vernachlässigt wird in den Strategien der Bundesregierung. Da zielt dann die Strahlungskraft eher auf andere Länder. Wenn man wirtschaftliches Engagement in Südafrika fördert, hat man auch da Ausstrahlungseffekte. Dahin gehend kann man sich natürlich etwas überlegen in Richtung strategische Partnerschaft, aber – ich glaube, es wurde Afrika-Strategie genannt – ich denke, dass das eventuell etwas zu hochgreifend ist.

Der zweite Punkt und damit übergehend war die Nachfrage nach den Provinzen. Ich war jetzt fünf Jahre in Afrika. Ich bin nicht mehr da und kann nur berichten, was ich in

Südafrika erfahren habe. Jetzt bin ich zuständig in der Zentrale für Südafrika, ich bin auch die letzten zwei Wochen dagewesen. Deswegen kann ich Ihnen nur meine politischen Analysen darlegen und sagen: In den Provinzen hier und dort macht es Sinn, sich verstärkt zu engagieren oder nicht. Ich möchte aber auch dazu sagen – auf Mpumalanga komme ich gleich noch –, dass ich gar nichts zum früheren Engagement der Akteure sagen kann und generell das erst einmal toll finde, dass man sich überhaupt engagiert und dass auch die kirchlichen Initiativen, die sicherlich vor Ort wichtig sind, da arbeiten.

Zu Gauteng, das ist eine urbane Metropolregion wie Rhein-Ruhr, Minen und Bergbau wurden dort angefangen. Es geht jetzt den Weg hin zu einer Dienstleistungs- und Kulturlandschaft, da sehe ich große Ähnlichkeiten. Ich habe in Bochum studiert, deswegen kann ich etwas zu NRW sagen, aber dadurch, dass ich jetzt in Berlin bin, hält sich auch das in Grenzen. Finanz- und Wirtschaftsstruktur mit Hauptsitz großer Konzerne ist wichtig. Die Historie der Provinz leitet sich ähnlich ab wie die des Ruhrgebiets. Das sind beides Gegenden, die historisch nur besiedelt wurden aufgrund von Industrie und Bergbau. Ansonsten hätte es wahrscheinlich in das Ruhrgebiet und in die Provinz keinen hin verschlagen.

Zu dem abschließenden Punkt zu Gauteng, den politischen Entwicklungen. Da hat sich in Gauteng etwas getan in den letzten Jahren. Der ANC hat dort seit 2016 die großen Städte verloren hat. Da merkt man schon eine wirtschaftliche Dynamik, die sich in den Stadtregionen Johannesburg und Pretoria auftut. Sie sind jetzt in den Händen einer Oppositionskoalition, da tut sich etwas – Oppositionskoalition übrigens aus einer liberalen, eher wirtschaftsnahen oder mittlerweile auch sozialdemokratisierten Democratic Alliance und einer linksradikalen Economic Freedom Fighters entstanden, dies nur nebenbei. Jedenfalls tut sich da etwas.

Da merkt man auch von der Regierung, so wie wir es gesehen haben – Pretoria und Johannesburg –, dass die offen sind für Engagement und Partnerschaften. Was für Südafrika generell galt – ich kann mir in Mpumalanga gut vorstellen, dass das auch ein Problem war –, in der ANC-Philosophie ist es nicht mehr so gang und gäbe, gerne mit westlichen Partnern zusammenzuarbeiten. Das kann in Mpumalanga die Gründe gehabt haben, die ich aber nicht kenne. Nur ich weiß, dass gerade in Gauteng der politische Wille von der Stadtregierung zum Beispiel da ist. Ich war vor ein paar Tagen beim Deutschen Botschafter in Pretoria, der meinte, Herr Feltes, nehmen Sie den Punkt gerne mal mit. Er würde alles Politische gerne unterstützen, er meinte auch, seine politischen Kontakte würden sagen: Das wäre doch mal etwas, das voranzubringen mit so einer Provinz, wenn es denn überhaupt auf eine andere Provinz hinauslaufen sollte und man das nicht in ganz Südafrika ansiedelt.

Da habe ich auch Bedenken. Südafrika ist ein extrem unterschiedliches Land. Die Provinzen sind extrem unterschiedlich vom Entwicklungsstand her, von der Historie her, manche benachteiligt während der Apartheid, manche weniger, verschiedene Ethnien, Kulturen. Da so ein ganzes Land plötzlich zu fassen, ist natürlich – ich rede immer von der politischen Ebene – unterschiedlich und schwierig.

Dann ein paar Sätze zu Mpumalanga: Ich habe nochmal in meine Stellungnahme reingeguckt. Ich habe hoffentlich nicht geschrieben, dass da irgendetwas früher nicht gut

gelaufen sei oder irgendetwas beendet werden sollte. Ich glaube, es wurde sogar beendet. Vielleicht können Sie später dazu noch etwas sagen. Ich kann mir vorstellen, warum es schwierig ist, mit der Provinz voranzukommen, nachdem sich in den letzten Jahren Mpumalanga mit dem Premierminister, den wir dort hatten, zu „der Provinz“ in Südafrika entwickelt hat, mit der man politisch eher nicht zusammenarbeiten will. Ich sage politisch, ich weiß nicht, wie sehr dieses Engagement die Zivilgesellschaft vor Ort betrifft. Aber ich weiß, dass die Zivilgesellschaft vor Ort unter immensem Druck stand in den letzten zehn Jahren. Ich weiß, das ist eine Provinz in Südafrika. Wenn die durch einen Premierminister geführt wird, dann wird sie straff geführt.

Die politischen Strukturen sind in Südafrika so, dass, wenn von oben her der Fisch stinkt, dann trickelte das weiter auf alle möglichen Institutionen, die in einem sozialistischen System, wie wir es ja teilweise dort noch haben, bis in die Firmen, Staatsfirmen etc. runtergebracht wird. Gegen jegliche Kritiker wurde dort vorgegangen. Wir wissen selbst, dass der damalige Premierminister der Provinz in viele Auftragsmorde involviert sein soll. Es wurde ihm nur noch nicht nachgewiesen, und deswegen ist er jetzt Vizepräsident des Landes Südafrika. Jetzt kann man sagen: Gut, er ist weg von Mpumalanga. Das heißt aber nicht, dass in Mpumalanga ... Das ist wie der ANC unter Jacob Zuma. Es dauert jetzt nochmal fünf Jahre, bis der ANC eventuell bereinigt ist von dieser ganzen Cliquenwirtschaft. So sehe ich das auch in Mpumalanga. Und ob das irgendwann überhaupt ein positives Ende hat, das weiß ich nicht. Das heißt, dass diese Provinz und auch der ANC in Befürworter des ehemaligen Premierministers und seine Gegner gespalten ist.

In der Zivilgesellschaft – so wurde mir berichtet – herrscht ein Klima der Angst. Wenn da einer den Mund aufmacht gegen die Politik der Provinzregierung, dann werden die auch mal schnell außer Gefecht gesetzt. Das zu meiner politischen Analyse, warum ich denke, neben der Provinz Mpumalanga gibt es Besseres und Interessanteres.

Auch bezüglich des Kohlelandes: Ich weiß ja nicht, vielleicht war das ein Grund, warum man 1995 gesagt hat, man pickt sich diese Provinz heraus. Damals, vor 25 Jahren, war das noch ein komplett anderes Land. Da machte es sicherlich noch Sinn, die Zivilgesellschaft auf ein Niveau zu heben. Aber da hat sich auch viel getan. Die Zivilgesellschaft ist jetzt in Südafrika im afrikanischen Vergleich schlechthin sehr gut.

Ein letzter Punkt noch zum Kohleland etc.: Wenn man in solchen Partnerschaften auch das Thema „Klima und Energie“ bearbeiten will, ist natürlich auch ein Hinweis darauf notwendig, dass Mpumalanga eine Kohleprovinz ist und selbst in den letzten Jahren noch Kohlekraftwerke gebaut worden sind, die mit die schlimmsten Umweltverschmutzungen weltweit generieren, worunter die lokale Bevölkerung sehr leidet. Ob das jetzt für ein Land wie Nordrhein-Westfalen so zukunftsweisend ist, in einer Partnerschaft mit so einem Land zusammenzuarbeiten, das mögen andere beurteilen. Ich will nur darauf hinweisen. Es gibt jetzt einen Übergangspräsidenten, aber es ist immer noch nicht klar, ob der länger im Amt bleibt oder nicht und ob der auf der einen Seite ist oder auf der anderen.

Diese zwei Sachen zu Mpumalanga und zu Gauteng wollte ich mit reinbringen. Zu Südafrika auf der großen Ebene hatte ich etwas gesagt.

Dann gab es noch eine Frage bezüglich Enteignung und Minderheiten. Dazu will ich nicht allzu viel sagen. Das, was ich öfter über diese Land- und Enteignungsfrage berichte, will ich auch hier sagen. Drei Sachen – erstens: Es wurde in den letzten 20 Jahren viel verpasst. Deswegen haben wir das Thema auf dem Tisch. Das ist so. Dass das jetzt aufgekommen ist, das war zu erwarten, wenn man sich das die letzten zehn/15 Jahre angeguckt hat.

Zweitens – Hinweis auf die Verfassung: Wir haben eine der fortschrittlichsten Verfassungen in Südafrika. Wenn die jetzt geändert werden sollte, darum geht es ja vielen, die aufschreien: Wenn jetzt eine Verfassungsänderung kommt, heißt das, dass dann Weiße enteignet werden können. Wenn das passieren sollte, dann wird es nur semantische Änderungen geben, die den eigentlichen Inhalt nicht verändern, weil es auch unter der jetzigen Verfassung in Ausnahmefällen möglich ist zu enteignen, ohne zu entschädigen.

Drittens: Falls es eskalieren sollte und so etwas wirklich im Raum stehen würde, würden sofort die Gerichte in Südafrika angerufen werden. Wenn es eins gibt, was die Zuma-Ära gut überstanden hat, sind es die Gerichte und die Verfassungsgerichtsbarkeit. Sie werden jegliche Sachen, die in Richtung Enteignung ohne Entschädigung und Ähnliches wie in Simbabwe gehen, abweisen.

Was mich hoffnungsvoll macht, ist der Präsident, weil ich glaube, der ist unter Druck im ANC und der geht auch nur so weit, wie er gehen kann. Er würde am liebsten die Diskussion beenden und sagen: Wir lassen das, das ist Blödsinn, das verunsichert die Investoren, was auch de facto so ist. Die ganze Wirtschafts-Community ist verunsichert. Aber es wird nicht so wie in Simbabwe sein. Wenn man sich das genau anguckt, dann wird das einen wirtschaftsfreundlichen Weg finden. Es gibt viel Land, das dem Staat gehört und brach liegt.

Ganz kurz zu den Minderheiten: Was sind überhaupt Minderheiten in Südafrika? Da gibt es elf Sprachen unterschiedlichster Ethnien neben der Bevölkerungsmehrheit In-der, Coloured, Weiße etc., manche ehemals privilegiert, teilweise immer noch privilegiert. Diese Privilegien werden hinterfragt. Ich habe selbst 5 Jahre für eine NGO in ... (akustisch unverständlich) gearbeitet. Da habe ich nie gesehen, dass das die Menschen direkt betrifft. Ich glaube, das ist eine politische Sache. Ich glaube nicht, dass da große Konflikte zu erwarten sind. Abschließend will ich nur sagen: Minderheiten sollen sich integrieren, müssen sich politisch wie kulturell integrieren. Das gilt für alle Minderheiten.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Letztes in dieser ersten Frageunde gingen noch zwei Fragen an Herrn Dr. Kaußen.

Dr. Stephan Kaußen (Kaußen Consulting, Aachen): Vielen Dank, Herr Brockes. – Ich schließe, Herr Tritschler, vielleicht mal an den letzten Punkt an, den Herr Feltes genannt hat: Minderheitenschutz. Ja, der ist absolut gegeben in Südafrika, weil, wie Herr Feltes auch gesagt hat, wir es da mit einer vorbildlichen Verfassungsordnung zu tun haben. Egal, ob Weiß oder Schwarz: Der Minderheitenschutz ist gegeben und ga-

rantiert. Ich sehe das ähnlich. Das Justizwesen ist dasjenige, was am stärksten ausgeprägt ist und was die verfassungsmäßige Ordnung bislang garantiert und damit auch den Minderheitenschutz.

Zusammenhängend damit die Frage der Enteignungen: Ja, die drohen, weil im ANC, also African National Congress, Regierungspartei seit 25 Jahren, der Druck im Transformationsprozess immer stärker wird, den benachteiligten Armen, Schwarzen auch Land zur Verfügung zu stellen. Wenn das schlecht läuft, dann droht Simbabwe – ich sehe das etwas kritischer als Herr Feltes –, und umso mehr ist unser Engagement auf allen Ebenen gefordert, das zu verhindern.

Damit komme ich zur Eingangsfrage von Frau Aymaz – ich komme gleich, Herr Tritschler, auf Ihre anderen Aspekte zurück: Wie ist die politische Lage? Vielleicht wäre das das wichtigste Statement am Anfang dieser Fragerunde gewesen, denn wir haben jetzt viele Details gehört und noch nicht wirklich den Überblick. Wie gesagt: Ende der Apartheid, Ende der weißen Herrschaft von 10 % weißer Bevölkerung über 80 % schwarz und 10 % farbig vor 25 Jahren. Seit der Zeit ist der ANC alleinregierend in Südafrika. Ich stelle das mal in größere Zusammenhänge. Wenn wir nicht aufpassen, droht in Südafrika eine Entwicklung wie in Russland oder in der Türkei, weil sich eine zentralisierte Macht verselbstständigt dadurch, dass es diesen Powerblock ANC, aktuell 56 % Wahlentscheidung pro ANC, über viele Jahre auch nahe an der Zweidrittelmehrheit gibt.

Das bedeutet im Umkehrschluss: Wir haben hier schon viel über die Zivilgesellschaft gehört und geredet. Ich halte es für essenziell, für elementar, dass wir die zivilgesellschaftlichen Strukturen in Südafrika stärken, um diesem Powerblock ANC etwas entgegenzusetzen.

Warum – und damit gehe ich noch eine Ebene höher – ist Südafrika überhaupt von so großer Bedeutung? Wenn wir uns in Europa fragen im Zusammenhang mit der Migrationsthematik, mit globalen Entwicklungen, mit der Möglichkeit, den afrikanischen Kontinent auf ein vernünftiges Entwicklungsniveau zu heben, dann ist und bleibt Südafrika der erste Ansprechpartner. Selbst wenn Nigeria aufgrund der Bevölkerungszahl, aufgrund der Wirtschaftskraft noch eine größere Kraft auf dem afrikanischen Kontinent darstellt, ist Südafrika das Ankerland schlechthin. Kein Vorteil ohne Nachteil – das gilt für vieles im Leben und so auch in der politischen Beziehung zu Südafrika. Unser großer Vorteil ist die kritisierungswürdige Vergangenheit Südafrikas, nämlich der starke Anteil der Weißen an Politik und Wirtschaft bis heute. Wir haben ein strukturelles und kulturelles Denken, das mit unseren Welten kompatibel ist. Das ist viel stärker als in anderen Regionen Afrikas vorhanden. Und dieses Potenzial müssen wir nutzen.

Die Frage von Frau Aymaz ging noch weiter in die Richtung: Wie hat sich das historisch entwickelt, auch im Zusammenhang mit der Zivilgesellschaft? Ich mache jetzt mal eine ganz große rote Warnlampe an: Der ANC à la Russland, à la Putin, hat die Tendenz, die Zivilgesellschaft zurückzudrängen. Bisher ist sie sehr stark in Südafrika. Die Ironie der Geschichte ist, der ANC ist überhaupt an die Macht gekommen, weil er mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen – man nannte das dort „Umbrella Organization“, also unter einem Regenbogen – die unterschiedlichen Kräfte versammelt hat – zwischen Schwarz und Weiß, konservativ, progressiv, alternativ denkend. Nur so konnten

Mandela & Co. die Apartheid überwinden. Und die aktuelle Situation – deshalb ist die Frage extrem wichtig, Frau Aymaz: Der ANC meint mittlerweile, er könnte alles selbst am besten, und meint, er könnte auf die Expertisen in der Zivilgesellschaft so viel wie möglich verzichten, weil „die uns nur reinreden und da müssen wir gegensteuern.“

Deshalb auch mein klares Plädoyer: Engagement mit Südafrika ausweiten und nicht zurückfahren. Herr Feltes – ich kann das gut nachvollziehen –, wenn Sie sagen: Vielleicht ist Mpumalanga nicht unbedingt die richtige Provinz. Aus NRW-Sicht könnten wir sagen, eben wohl, weil wir in diesem industriellen Strukturwandelprozessen drin sind, weg von der Kohle, hin zu etwas Neuem. Aber, Sie haben „Gauteng“ erwähnt, Johannesburg, Pretoria, das ist mit Abstand das wirtschaftliche Zentrum. Sie haben es mit dem Ruhrgebiet verglichen. Tatsächlich ist die Bedeutung noch stärker in Südafrika. Das wäre eine gute Idee, da intensiver zu kooperieren, weil Hightech da ist, da ist Erste Welt auf dem Niveau von Europa und Kalifornien genauso aber Dritte Welt wie in weiten Teilen Schwarz-Afrikas. Da können wir am meisten bewirken.

Damit komme ich, Herr Tritschler – ich fasse mich jetzt hoffentlich kürzer –, zur ökonomischen Lage und zu Risiken, die Sie angesprochen haben. Die ökonomische Lage ist wie folgt: Es gibt sehr viele mittellose Menschen – ich würde behaupten, mindestens die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze von ein paar Dollar oder Euros am Tag: Dritte Welt pur. Haus an Haus, Tür an Tür, aber auch Erste Welt pur und, glauben Sie es mir, ich war so viel in Südafrika unterwegs. An vielen Stellen denkt man, die sind viel weiter als wir. Die sind auf dem Stand von Kalifornien & Co, was Technologien angeht, was Prosperität angeht, was Reichtum angeht. Ökonomische und politische Lage zusammengefasst: Früher war der Reichtum nur auf die weiße Bevölkerung beschränkt. Mittlerweile haben wir eine schwarze Elite von sehr Reichen, aber auch in der Mittelschicht, sodass man sagen kann: Von ungefähr 55 Millionen Südafrikanern – die Zahl 55 Millionen sollten wir uns merken – gibt es mittlerweile 15 Millionen, denen es gut oder sehr gut geht, davon sind 5 Millionen Weiße, aber mit abnehmender Zahl, und 10 Millionen Schwarze. Der Rest hängt durch und hat keine Perspektiven bislang.

Deshalb schließe ich an das an, was Herr Hennig gesagt hat: Wir brauchen eine strategische Partnerschaft – Herr Feltes und Herr Hennig sind sich relativ einig –, indem wir Schwerpunkte setzen. Die Schwerpunkte unserer Kooperation sollten lauten aus meiner Sicht: Wirtschaftsförderung, ökonomische Perspektiven für die von mir genannten 30 bis 40 Millionen schaffen, die bisher überhaupt keine Perspektiven haben. Denn wir müssen verhindern, dass Südafrika wegkippt. Wenn dieses Ankerland der internationalen Kooperation den afrikanischen Weg geht – Sie können mir glauben, ich bin kein Rassist –, dann haben wir ein viel größeres Problem als bisher.

Meine konkrete Idee wäre: Was können wir als Deutsche, als Land NRW ganz konkret, ohne jetzt schulmeisterlich von oben herab zu kommen, anbieten, nicht aufdrängen? Ich glaube, wir haben etwas, um das wir weltweit bewundert werden: Das ist unser duales Ausbildungssystem. Mein 3-Punkte-Programm lautet: Bildung, Bildung, Bildung. Schulische Bildung, universitäre Bildung, auch da könnte man tolle Kooperationen mit FHs oder THs machen. Und als wichtigster Punkt tatsächlich: Unser duales Ausbildungssystem exportieren, wenn die Südafrikaner darauf Lust haben. Ich glaube,

Sie sollten schlau genug sein, das anzunehmen, dass sie sich anschauen: Was passiert bei uns in Haupt- und Realschulen und dann in der Kooperation mit Berufsschulen? Das wäre das Beste – ich fasse zusammen –, um die politische und ökonomische Lage zu stabilisieren. Südafrika ist zu wichtig, um es zu vernachlässigen. – Danke.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank für Ihre Antworten. – Wir kommen in die zweite Fragerunde. Ich darf die Kolleginnen und Kollegen fragen, wer sich zu Wort melden möchte. – Als Erstes hatte sich der Kollege Nückel gemeldet, dann Herr Kollege Weiß.

Thomas Nückel (FDP): Vielen Dank. – Ich möchte gleich bei Herrn Kaußen ansetzen. Es war sehr spannend, was Sie gesagt haben. Sie beschreiben eine konkrete Gefahr, dass Südafrika zu einer Oligarchie abkippt à la Putin, empfehlen also, im Grunde keine Partnerschaft oder strategische Sachen mit dem Staat zu machen, sondern ausschließlich mit den NGOs und den Zivilgesellschaften, die es gibt. Die finden wir höchstwahrscheinlich dann in Provinzen, wo allerdings der Reichtum herrscht. Andererseits fand ich Ihr Plädoyer auch sehr mitreißend – weil Sie sagten, wir müssten uns gerade um den Teil in Südafrika kümmern, der abzurutschen droht oder inzwischen abgerutscht ist, also knapp die Hälfte. Heißt das jetzt – Südafrika hat, glaube ich, neun Provinzen –, dass wir uns für strategische Partnerschaften lieber eine Provinz suchen, in der das Elend herrscht, aber wir vielleicht keine zivilgesellschaftlichen Andockmöglichkeiten haben? Ich habe das jetzt bewusst so platt formuliert.

Dann hätte ich eine zweite Frage an Frau Dwors: In Ihrer Stellungnahme haben Sie beschrieben, da gibt es eine Städtepartnerschaft oder Partnerschaft zwischen Aachen und Kapstadt, und da würde mich interessieren: Wie wird die gelebt? Gibt es auch wirklich gegenseitige Besuche oder ist das dann doch vielleicht von der Entfernung her zu schwierig? – Danke.

Rüdiger Weiß (SPD): Danke schön, Herr Vorsitzender! – Ich habe eine Frage an Frau Biere. Frau Biere, Sie haben die Reverse-Programme angesprochen und dass da eine Menge läuft, eine Menge gut ist. Trotzdem die Frage: Haben Sie Hinweise, Tipps, Vorschläge für uns, wie wir diese guten Programme noch besser machen können, damit es vielleicht noch mehr in die Fläche, noch mehr in die Breite geht? Das ist meine Frage an Sie.

Frau Dwors, Sie haben die erneuerbaren Energien angesprochen. Da die Frage: Wie kann durch die Partnerschaft NRW – Südafrika der Ausbau erneuerbarer Energien vorangetrieben werden? Haben Sie vielleicht Vorschläge? – Danke.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Nächste Frau Aymaz, bitte.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Herzlichen Dank. – Mich würde auch jetzt in der zweiten Runde konkrete interessieren, auch an Sie gerichtet, Herr Meiwald, weil Frau Dwors, Sie hatten die Frage schon in die Richtung bekommen. Was für ein Potenzial birgt sich

in der Zusammenarbeit zwischen NRW und Südafrika im Bereich erneuerbarer Energien und vor allen Dingen der Förderung des Austausches auch im Bereich Strukturwandel? Ist da ein Potenzial oder ist es nur eine gute Vorstellung von uns, die dort aber überhaupt keinen Ansprechpartner oder Andocken findet? Wenn Sie das vielleicht nochmal fokussieren würden.

Frau Biere, Sie haben in der Tat auch den Fokus auf die Reverse-Programme gesetzt. Sie hatten gefragt, inwiefern das nochmal gestärkt werden kann. Mich würde interessieren – vielleicht können auch die anderen Akteure, Herr Feltes, dazu etwas sagen –: Gibt es Schwierigkeiten bei der Einreise, bei der Visumsvergabe? Herr Meiwald, Sie hatten in Ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass auch die Abschaffung der Visumpflicht nochmal betrachtet werden sollte. Das ist vielleicht eine Forderung, die sehr weit gehen würde. Aber wie kann man da auch nochmal die Hürden, die es eventuell gibt, tatsächlich konkret angehen, damit Reverse-Programme gut gestaltet werden können?

Abschließend noch meine Frage an Herrn Feltes: Sie gehen in Ihrer Stellungnahme auch auf die Kooperation im Bereich Start-ups ein und nehmen Bezug zu den Erfahrungen mit Ghana. Jetzt haben wir als NRW auch einen guten Austausch mit Ghana. Könnten Sie nochmal vertiefen, was für ein Potenzial in dem Bereich vorliegt, was wir da stärker berücksichtigen könnten?

Abschließend meine Frage – das möchte ich nicht begrenzen, Sie, Herr Feltes, gehen konkret darauf ein, den Austausch zwischen Politik in beiden Ländern zu stärken: Könnten Sie sich vorstellen, dass eine Parlamentariergruppe nicht „Südafrika“, vielleicht eine Parlamentariergruppe „Afrika“ auch etabliert werden könnte, wo ganz konkret der Austausch zwischen Parlamentariern auch nochmal gefördert werden kann?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. – Als Nächster hat sich Kollege Tritschler gemeldet. Bitte.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank! Zwei Nachfragen an Herrn Feltes: Zum einen haben Sie von Minderheiten gesprochen, die immer noch privilegiert seien. Was meinen Sie damit? Nach meiner Kenntnis gibt es staatlicherseits bei Stellenvergaben gewisse Programme, die einzelne Ethnien bevorzugen. Und beim Thema „Landreform“, wenn man es so nennen will, ist ja bekannt, dass die Agrarproduktion in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen ist, dass Südafrika vom Lebensmittelexporteur zum Lebensmittelimporteur geworden ist. Glauben Sie, es ist sinnvoll, in diese Richtung weiterzugehen, die Betriebsgrößen zu verkleinern und weiterhin Land – auf welche Art auch immer – umzuverteilen?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Danke. – Als Letzter in der Fragerunde hat der Kollege Krauß das Wort. Bitte.

Oliver Krauß (CDU): Vielen Dank für die bisherigen Antworten. Die Kollegin Aymaz hat nach den Möglichkeiten einer Kooperation im Rahmen einer möglichen Parlamentariergruppe gefragt. Das nehme ich gerne zum Anlass, auf die Frage der Städtepartnerschaften einzugehen. Vielleicht können Sie die Bedeutung der Städtepartnerschaften ein bisschen besser darlegen, inwieweit wir uns vielleicht dort intensiver engagieren können. Ich bitte Frau Dwors und Herrn Feltes, die Frage zu beantworten.

Letzte Nachfrage an Frau Pfarrerin Biere: Welche Chancen bieten sich nach Ihrer Auffassung durch einen verstärkten Fokus auf die Zivilgesellschaft und Wirtschaft, gerade auch vor dem Hintergrund der immensen wirtschaftlichen Bedeutung Südafrikas für unser Bundesland? – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Wir kommen zur Antwortrunde und fangen mit Frau Dwors an, bitte.

Vera Dwors (Fachstelle Südafrika c/o Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der EKvW, Dortmund): Vielen Dank für die Fragen in der Runde. Ich würde gerne beginnen mit der Frage nach der langjährigen Kooperation zwischen Aachen und Khaylitsha, einer Kooperation, die vor vielen Jahren bereits entstanden ist, mehr auf einer Agenda-Partnerschaft, in der verschiedene Projekte und Organisationen ausgetauscht wurden und die auch bis heute noch Bestand hat. Das erleben wir daran, dass es in Aachen noch eine zuständige Koordinatorin gibt, die diesen Austausch begleitet, und auch in Khaylitsha selber viele Projekte vor Ort sind, mit denen wir auch regelmäßig im Austausch stehen, die den Kontakt immer noch pflegen. Bei diesen Projekten sowohl auf Bildungsebene als auch auf kultureller Ebene handelt es sich um Kulturprojekte, die da im Austausch stehen.

Das bringt mich dann zur der Frage nach den Städtepartnerschaften, Herr Feltes wird dazu sicherlich gleich auch noch mehr sagen. Wir denken, dass diese Zusammenarbeit auf der Ebene der Städte eine sehr wichtige ist und haben beispielsweise auch schon in früheren Jahren in einer Zusammenarbeit auch mit Südafrika Erfahrungen gemacht. Wenn Sie sich vielleicht daran erinnern: Bei den Vorbereitungen zur WM 2010 hat es ganz konkrete Programme gegeben, wo Akteure aus der Verwaltung von Kommunen beispielsweise aus Südafrika mit denen aus NRW zusammengearbeitet haben zu einem konkreten Thema, da ging es um Sicherheitskonzepte, um Fanprojekte, um den internationalen Austausch und touristische Projekte in den Kommunen. Stephan Kaußen guckt schon, er kann dazu sicherlich auch etwas im Sportbereich ergänzen.

Ich komme zu dem Bereich Strukturwandel. Das Wort Strukturwandel ist immer wieder gefallen. Sicherlich können Kommunen aus dem Ruhrgebiet oder aus ganz Nordrhein-Westfalen einen Beitrag dazu leisten, wie sich die Städte entwickeln, weiterentwickeln können, um in dieser Fragestellung gemeinsam voranzugehen.

Ich sehe das auch nicht nur als Exportschlager für Nordrhein-Westfalen oder für das Ruhrgebiet, sondern es geht auch um ein gemeinsames Erarbeiten: Wie verändern sich städtische Quartiere? Wie verändert sich eine Stadtgesellschaft? Wir haben jetzt auch in Südafrika sehr positive und gute Beispiele gefunden, sind ihnen begegnet. Wir

haben gesehen, ehemals ausgestorbene, hochkriminalisierte Stadtteilen haben sich über Kulturprojekte, über Bildungsprojekte weiterentwickelt und erneuert. Das sind gute Ideen, die wir auch nach Nordrhein-Westfalen oder ins Ruhrgebiet übertragen können.

Dr. Stephan Kaußen (Kaußen Consulting, Aachen): Darf ich noch einmal zu dem Punkt kurz etwas sagen, Entschuldigung?

Vorsitzender Dietmar Brockes: Sehr ungern, aber bitte!

Dr. Stephan Kaußen (Kaußen Consulting, Aachen): Das wurde von Frau Dwors angesprochen. Diese intensive Kooperation zwischen Deutschland und Südafrika zur WM 2010 – das ist genau zehn Jahre her – ist **das** Erfolgsprojekt als Leuchtturmprojekt überhaupt in der Entwicklungszusammenarbeit gewesen. Stellen Sie sich vor: Städte wie Gelsenkirchen, Kaiserslautern, die kleinen, aber auch die mittelgroßen wie Stuttgart oder Köln oder die ganz großen wie Berlin, Hamburg, München haben sich jeweils einen Counterpart, eine Stadt in Südafrika ausgesucht und auf allen Ebenen, politisch und zivilgesellschaftlich, einen über Jahre wachsenden Austausch von Experten gepflegt, und die Ergebnisse waren top. Die WM hat super funktioniert wegen des Nutzens der unterschiedlichen Expertisen auf politischer und zivilgesellschaftlicher Ebene. – Danke.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Frau Dwors, Sie waren mit der Beantwortung auch durch? – Okay. Ich hatte gerade den Hinweis bekommen, dass sich die Fragen von Frau Aymaz zu den Erneuerbaren und zur parlamentarischen Kooperation auch an Herrn Reichenbach vom Südafrika-Forum richten sollten. Deshalb möchte ich Ihnen jetzt noch das Wort geben. Bitte.

Peter Reichenbach (Südafrika Forum NRW, Düsseldorf): Ich bin hier als Stellvertreter für Gabriela Schmitt. Seit der Fußball WM sind wir auch dabei mit einem Projekt, wo es um die Farbherstellung geht. Wir sind so lange dageblieben, weil wir hier sozusagen Entwicklungshilfe aus Südafrika bekommen. Ein Beispiel der Projekte ist die Fußball-Fan-Kosmetik, worauf die Südafrikaner sehr abgefahren sind. Da hat man kleinere Projekte durchgeführt. Als dann hier in NRW zu diesen NRW-Städtepartnerschaften gesagt wurde, man kann Kosmetik selber herstellen, ging ein Start-up nach dem anderen los. Die Messe Dortmund hat diese Fußball-Fan-Kosmetik umgewandelt in eine normale Kosmetik. Ich verweise darauf, wie groß dieser Wirtschaftsfaktor Kosmetik allein ist. Da wird auf erneuerbare Energien, also weg von der Chemie, auf nachwachsende Rohstoffe gebaut. Das war ein großer Impuls, der in NRW unglaublich viele Sachen stärkt.

Wir haben die größte Pigmentfabrik Europas, die jetzt mit uns zusammenarbeitet. Diese Farbherstellung an sich hat sich erweitert auf den Trockenbau, jetzt arbeitet die weltweit größte Tapetenfabrik Erfurt mit uns zusammen. Emscher Genossenschaft als

Wasserverband zielt immer auf diese kleinen Nucleus-Projekte, diese zivilgesellschaftlichen Projekte, die wir initiiert haben, die nur kleine Best-Practice-Beispiele sind, wo jetzt durch diesen Gesellschaftstransformationswandel große Firmen auf uns in NRW ankommen und sagen: Was ihr da in Südafrika gemacht habt, ist toll. Das machen wir jetzt in Groß für uns, und wir holen sozusagen die Experten aus Südafrika, die dann erklären: Wie haben wir es damals in Südafrika gemacht? Das Ganze geht jetzt über die GIZ und verschiedene andere Leute – bundesweit –, die uns fragen: Den Trick, den ihr da gemacht habt, dieses informelle Lernen, das hätten wir gerne jetzt noch in Zentralasien, in Brasilien laufen jetzt diese Projekte. Von daher ist diese Partnerschaft für uns extrem wichtig, eben als Best-Practice-Beispiel.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Nächstes gingen die Fragen an Frau Biere, bitte.

Christina Biere (Evangelische Kirche von Westfalen, Bielefeld): Vielen Dank. – Ich möchte gerne beginnen mit der Frage von Herrn Krauß zu den Chancen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Wir haben vor allem als Evangelische Kirche in Westfalen und im Rheinland ein Beispiel, aus dem wir viel gelernt haben. Das ist das Beispiel „Churches and Business against HIV & AIDS“. Wir haben dort gelernt, dass über eine Firma, in der Menschen ihren Arbeitsplatz haben, auch soziales und bürgerschaftliches Verhalten gelernt werden kann.

Es ging bei der Frage – HIV & AIDS sind sehr brisant in Südafrika – darum: Wie schafft man das Vertrauen, damit sich Menschen überhaupt testen lassen und das in einer sicheren Atmosphäre tun können? Da haben deutsche Firmen, die in Südafrika eine Dependance haben, eine sehr große Rolle gespielt im Verbund mit den kirchlichen Partnern und Partnerinnen, die wir hatten. Das sah konkret so aus, dass kirchlich geförderte Gesundheitsorganisationen in die Firmen gegangen sind und dort das Testing in den Firmen zur Arbeitszeit gemacht haben.

Ich glaube, dieses Beispiel lässt sich gut übertragen. Deutsche Firmen, die in Südafrika ansässig sind, haben unter jungen Südafrikanerinnen und Südafrikanern immer einen sehr hohen positiven Wert. Es wird immer noch als etwas ganz Besonderes angesehen, in einer deutschen Firma arbeiten zu können. Ich glaube, dass die Chancen, darüber über bürgerschaftliches und soziales Engagement zu lernen, sehr hoch sind. Es ist ein Schlagwort bei jungen Menschen in Südafrika: Jetzt haben wir politische Freiheit, jetzt wollen wir auch Economic Freedom hören. Das hat jetzt nichts mit den Economic Freedom Fighters zu tun, dieser linken Partei, sondern junge Menschen sagen. Um aus dieser Armutsfalle herauszukommen, wollen wir ökonomische Freiheit haben, und erst dann werden wir wirklich frei sein. Ich glaube, da spielt die deutsche Wirtschaft in Südafrika eine sehr große Rolle.

Die andere Frage betraf die Reverse-Programme: Wie geht es noch besser, wie geht es noch weiter? Was wir schon konstatieren, ist, dass diese Austauschprogramme vor allen Dingen von privilegierten jungen Erwachsenen wahrgenommen werden – sowohl auf deutscher Seite als auch auf südafrikanischer Seite. Folglich ist die Frage: Wie

schaffen wir es, auch weniger privilegierte junge Menschen davon profitieren zu lassen? Ich glaube, zum einen sollte man sich stärker auf Schulen konzentrieren, weil auf deutscher wie auf südafrikanischer Seite alle jungen Menschen über das Schulsystem erreicht werden. Jedoch sehen wir auch zum Beispiel, in deutschen Hauptschulen, wenn wir die Frage stellen: Warum entscheiden sich dort weniger Menschen für so einen wirklich sehr erfolgreichen Austauschdienst? Es braucht auch Empowerment. Das heißt, die Schulen müssen auch institutionell dazu ermutigt werden, mit Ideen versorgt werden, mit Empowerment, auch mit Finanzen und Ressourcen, um junge Menschen an diese Möglichkeiten heranzuführen. Das geht sicherlich im Zuge der Digitalisierung auch schon in kleinen Schritten über digitale Schulpartnerschaften usw. Aber dann ist die persönliche Begegnung auch immer noch wichtig.

Ich würde die Frage bezüglich der Schwierigkeiten in Bezug auf Visa gerne an den Kollegen Meiwald, der das auch erwähnt hat, weitergeben wollen.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Nächstes haben wir jetzt erst Herrn Feltes und dann Herrn Meiwald. – Herr Feltes, bitte.

Tilmann Feltes (Konrad-Adenauer-Stiftung e. V., Berlin): Zum Thema Visa wurde kurz mein Name erwähnt. Ja, es ist schwierig. Es war sehr kompliziert in der Vergangenheit. Das lag nicht nur an politischen Gründen, sondern vor allen Dingen auch an Kapazitätsmängeln in den zuständigen Ministerien und Durchführungsproblemen. Dass politischer böser Wille dahinter ist, wage ich zu bezweifeln. Das wird auch jetzt besser. Die Forderung nach einer Aufhebung einer Visapflicht für uns Deutsche oder Europäer würde ich verneinen, allein aufgrund des Reziprozitätsproblems, dass einfach die Südafrikaner auch ein Visum brauchen, wenn sie in den Schengenraum gehen. Wenn wir jetzt als große politische Forderung diese Freiheit fordern, dann denken die, das ist nicht mit einer Partnerschaft auf Augenhöhe gemeint. Es muss halt nur funktionieren. Für Touristen ist super. Da ist de facto eigentlich schon abgeschafft. Wenn man am Flughafen ankommt, bekommt man ein Visum für drei Monate ohne Probleme.

Zweiter Punkt zu den Wirtschafts-Start-ups, den Potenzialen: Einiges habe ich auch schon erwähnt – Herr Kaußen hat das auch schon aufgeworfen –. Ich sehe gerade, dass ein bisschen vernachlässigt wird, dass man Südafrika mehr in dem Licht sehen soll, dass es Auswirkungen hat, was in diesem Land in Richtung Wirtschaftsentwicklung passiert. Im Moment geht vieles Richtung Ghana, Elfenbeinküste, im Senegal in Richtung Reformpartnerschaft, Privatwirtschaftsförderung, was das BMZ auch macht in andere Länder. Das halte ich teilweise für falsch, weil Südafrika wichtig ist für eine ganz große Region.

Es wird immer von Volkswagen geredet, dass sie jetzt in Ruanda einen Betrieb aufgemacht haben. Das wäre zum Beispiel ohne das VW-Engagement in Südafrika, das seit Jahrzehnten dort besteht, nicht möglich gewesen. Das ist so nicht in der Debatte, wie man sie in den letzten Jahren liest. Da gilt es einzugreifen. Ich glaube, da kann etwas gemacht werden. Beim Thema Wirtschaft muss man in Südafrika die Jugend mitbedenken, weil es einfach ein Land ist, wie jedes andere afrikanische Land auch, die

Jugend stellt die größte Bevölkerungsgruppe dar. Die sind auch die Mahnenden, die fordern. Bei den älteren Südafrikanern mit allem Respekt, auch vor dem Befreiungskampf mit dem ANC: Da ist es nicht mehr der springende Funke, den wir jetzt in den Städten sehen, wo die Jugendlichen demonstrieren, ihre Rechte einfordern und auch Jobs einfordern. Sie ziehen in die Städte, dazu komme ich gleich noch ganz kurz, und sind dann dort wegen der Jobs, und haben keine Arbeit.

Über 70 % Jugendarbeitslosigkeit, die jungen Leute sammeln sich in den Townships Soweto, dem größten Township des Landes in Gauteng. Das ist ganz gefährlich. Und in der beruflichen Bildung – Herr Dr. Kaußen hat es gut angesprochen – kann Deutschland, auch NRW, viel tun, viel leisten. Es geht jetzt nicht darum, dass wir die Aufgaben der deutschen Industrie übernehmen. Das sollen die schon selber machen, die haben 600 deutsche Unternehmen in Südafrika. Die können das gut übernehmen. Was wir machen können, ist, dafür in der Zivilgesellschaft zu werben, das deutsche System vorzustellen und für Interesse zu werben. Das kann auch mit Austauschprogrammen beginnen, das kann auch damit beginnen, dass man vielleicht klarmacht, dass es schwer ist, liebe Leute in Südafrika, der Uni-Zugang ist nicht mehr das Allerwichtigste im Leben.

Das ist schwer: Nach der Zeit der Apartheid, wo man nicht an den Unis studieren durfte, will jetzt jeder studieren und denkt, dann hat er es geschafft. Dann steht er da ohne Arbeit danach. Das dann alles physisch zu verstehen, ist noch viel schlimmer. Dann geht die Depression dieser jungen Leute noch mehr nach unten. Berufliche Bildung ist für mich wichtig.

Start-up-Förderung muss man dann aber dort machen – ich kenne es nur bedingt von Ghana. Ich weiß, dass Ghana mit Nairobi ganz kreative Zentren hat, wo junge Leute ganz pfiffige Sache entdecken. Das ist in Südafrika noch nicht ganz so der Fall, vor allen Dingen nicht in den ländlichen Provinzen. Da sind Kapstadt und Johannesburg die Städte, in denen die Leute langsam dahin kommen. Da kann man sicherlich von der Ghana-Partnerschaft lernen. Ich bin nicht in der Ghana-Partnerschaft als Gründer – da wissen Sie besser, was da genau läuft. Ich war ab und zu mal in Ghana, unser Büro vor Ort und die Außenhandelskammer unterstützen da auch viel. Es war auch im Februar dieses Jahres eine Delegation Wirtschaft mit dem Wirtschaftsminister mit jungen Start-up-Leuten im Landtag. Da haben vielleicht einige gesehen, dass da gute Sachen passieren, die man sich natürlich auch in einem Land wie Südafrika vorstellen kann. Details kann ich Ihnen nicht nennen, da müsste man gucken, was in Ghana läuft.

Was habe ich noch auf der Liste? Städte, das ist ein afrikanisches Phänomen, Urbanisierung, Jugend zieht vom Land in die Städte aus unterschiedlichen Gründen. Es gibt in den Städten dann ein Riesenpotenzial für zukünftige Arbeiter, auf der anderen Seite ein Riesenproblemfeld, wenn sie nicht in Arbeit kommen.

Das ist der sogenannte „Youth bulge“, über den man immer redet, wenn die Jugend sich da tummelt und nicht weiß, was sie machen soll. Das kann zur Kreativität und zur Innovation führen, wie es auch oft gesehen wurde auf der Welt, oder auch zu vielen Studentenprotesten. Auf jeden Fall haben wir ein dynamisches Umfeld. Städte sind in Südafrika seit jeher wichtig, weil von dort das Land nicht nur gesteuert wird, sondern die Städte auch als Anziehungspunkte gelten.

Letzter Punkt zu den Städten, globale Akteure mit politischer Kraft: Man sieht immer mehr, dass auf internationalen Foren und Konferenzen Stadtregierungen, Stadtverwaltungen plötzlich ein großes Wort mitzureden haben. Das sieht man an den Klimaverhandlungen oder jetzt daran dass, wenn Nationalstaaten immer mehr politische Macht verlieren, sie in internationalen politischen Prozessen ersetzt werden durch progressive Stadtregierungen. In diesen Stadtmeinungsführerschaften ist die Partizipation, der Einfluss von zivilgesellschaftlichen Gruppen viel größer als auf nationaler Ebene. Das sollte man auch berücksichtigen. Deswegen bin ich ein Fan von Städtepartnerschaften, das betrifft konkret die Leute vor Ort, die da wohnen und leben, sich einbringen können und deren Stimme ein viel größeres Gewicht hat. Das zu den Städten!

Politikaustausch, die Frage kam von Frau Aymaz: Das ist weltweit immer eine Sache, die geprüft werden muss von Land zu Land, wo man bessere Zugänge hat, wo nicht. In Südafrika ist das recht einfach, es sind demokratisch legitimierte Parlamente. Die Provinzparlamente vernachlässigt man meistens. Deswegen ist dort eigentlich ein guter Anknüpfungspunkt. Die Entwicklungen in Südafrika hin zu Koalitionsregierungen machen die Parlamente wiederum wichtiger und kommen immer mehr in den Vordergrund. Austauschprogramme dort anzukurbeln, wäre sehr interessant und auch wichtig. Mitte Oktober versucht die Deutsche Botschaft gerade, eine überparteiliche Parlamentariergruppe von den Provinzparlamenten zusammenzubekommen und die nach Deutschland zu bringen, um sich hier mit den Parlamenten – erst einmal ist es nur Berlin – auszutauschen. Aber es sollen auch Länderparlamente besucht werden. Dabei werden auch die politischen Stiftungen eine Rolle spielen. Das soll Mitte Oktober stattfinden. Ich könnte mir gut vorstellen, dass, wenn Interesse in diesem Haus herrscht, diese Gruppe, die mit unterschiedlichen Provinzparlamenten besetzt sein sollte, auch den Weg nach Düsseldorf finden könnte.

Die letzte Frage betraf die Ökonomie etc., von Herrn Tritschler: Wachstum ist die eine Sache, inklusives Wachstum ist wichtig. Es geht nicht immer nur um Wirtschaft und Wachstum. Am Land Südafrika sieht man, dass das inklusiv sein muss, sonst entwickeln sich Länder nicht in die Richtung, wie es sein sollte. Der soziale Zusammenhalt muss immer im Blickpunkt sein, neben dem Wirtschaftswachstum. Dahin gehend kann man verstehen, warum solche Länder, solche Programme wie das Broad-Based Black Economic Empowerment Programm haben. Man versucht, die damals unterprivilegierte schwarze Bevölkerungsmehrheit, die 80 % oder mehr der Bevölkerung darstellt, in die Wirtschaft zu integrieren. Die Wirtschaft ist bis jetzt immer noch hauptsächlich in weißer Hand, auch 25 Jahre nach der Apartheid. Wenn man auf den Gini-Koeffizienten guckt, wie sich das Land in der Ungleichheit entwickelt hat, wird es noch ungleicher. Ich glaube, Brasilien wurde jetzt überholt als Land mit der größten Ungleichheit weltweit, das heißt, da läuft was falsch.

Man kann sagen: Okay, ich bin jetzt ein Fan von Weißen, oder ich bin ein Fan von Schwarzen, aber darum geht es nicht. Es geht darum, dass das Land nach vorne gebracht wird. Das hat man sich dort angeguckt. Im Endeffekt sind – Herr Dr. Kaußen hat die Zahlen genannt – 10 Millionen Schwarze mittlerweile die Privilegierten, 5 Millionen Weiße immer noch, weiterhin 5 Millionen, da tut sich ja nichts groß. Man darf die Sachen nicht gegeneinander ausspielen, sondern alles muss zusammenwachsen und

profitieren. Das sehe ich in dem Sinne, um es zu verstehen. Auf der anderen Seite ist dieses Programm das komplette Gegenteil von dem, was wir uns unter freier Marktwirtschaft vorstellen. Ich sehe da auch mehr Kritik als positive Sachen, die ich gerade genannt habe. Aber man muss verstehen, warum ein Land so etwas macht, um die Hintergründe zu verstehen, bevor man dann ein Land nicht nur politisch-ökonomisch, sondern auch sozial gegen die Wand fährt. In Südafrika ist meiner Meinung nach die politische Debatte recht vernünftig. Abgesehen von kleineren Splittergruppen, die Sie kennen, ist das im Moment eine sehr vernünftige Diskussion. – Das war's von meiner Seite.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Als Vorletzter in der Runde, noch nicht zu Wort gekommen, Herr Meiwald für das Bischöfliche Hilfswerk MISEREOR, bitte.

Peter Meiwald (Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V., Aachen): Vielen Dank, Herr Brockes. Vielen Dank auch für die Fragen. Ich schließe da gerne an, wo Herr Feltes gerade aufgehört hat, nämlich bei der Frage der großen oder extremen Ungleichheit, die in Südafrika herrscht. Ein Ding, bei dem man Anknüpfungspunkte finden kann, ist der Energiesektor. Das sieht man sehr deutlich bei dem Mangel an Energie, der an vielen Stellen mittlerweile auftaucht, sodass der Staatskonzern Eskom nicht mehr hinterherkommt, die Menschen zu versorgen, die vielen jungen Menschen, die nicht nur diesen Wunsch, sondern auch das Bedürfnis haben, auch teilzuhaben an dem, was sie sehen, was global passiert an Entwicklung. Da haben wir eine große Verantwortung. Das ist eben schon aus verschiedenen Stellungnahmen deutlich geworden.

Niemand kann ein Interesse daran haben, dass ein so wichtiger Player wie Südafrika, der mit so viel Hoffnung gestartet ist vor 25 Jahren, dass so eine Gesellschaft implodiert aufgrund der Ungleichheit, die sich immer weiter breitmacht, wobei es bisher noch nicht gelungen ist, diese Ungleichheit wirklich substanziell zu beseitigen. Da brauchen wir das Potenzial aus Nord und Süd. Also: Die Frage, wie viel Solidarität können wir auch von hier aus aus einer reichen Situation mit dieser Bevölkerung zustande bringen? Was hilft uns das auch gemeinsam? Ich glaube, der zentrale Punkt dabei ist die Frage: Was können wir gemeinsam solidarisch lernen? Wir haben – das habe ich auch in meiner Stellungnahme geschrieben – zwei Schwerpunkte, bei denen sehr viele Anknüpfungspunkte sind, gerade mit dem Land Nordrhein-Westfalen. Das Eine ist der Bereich der sozialen Integration, auch der Integration von Migrantinnen und Migranten.

Der andere Bereich ist der Energiesektor. Wir haben in Deutschland über unser EEG die erneuerbaren Energien weltmarktfähig gemacht, sehr kostengünstig gemacht. Das Umweltpotenzial in Südafrika ist riesig, was Sonne, Wind und Wasser angeht, aber vor allen Dingen Sonne und Wind. Wir können da sehr viel machen, und wir haben in Südafrika eine Gesellschaft, die unter den starren Energiestrukturen sehr leidet, also unter dem fossil dominierten Sektor mit einem sehr schwerfälligen, mittlerweile auch sehr korrupten Kohlektor. Die Menschen merken nicht nur von der Klimaseite aus, sondern auch von der Seite des Supplies, also der Versorgung mit Strom, dass das so nicht weitergeht.

Es gibt sehr starke Beharrungskräfte in Südafrika wie auch manchmal in Deutschland, und es gibt auf der anderen Seite Start-ups, die sehr fit sind und in der Lage wären, im Bereich Maschinenbau, im Bereich IT, im Bereich dezentrale Energieversorgung etwas zu entwickeln. Ich glaube, dass wir dort sehr gut aufgestellt wären, wenn wir von Nordrhein-Westfalen aus da Think Tanks ermöglichen, den Austausch ermöglichen, um gemeinsame Lösungen zu finden, die uns nützen und die den Menschen in Südafrika auch nützen. Ich glaube, dass darin sehr viel Potenzial enthalten ist.

Die African Development Bank hat ausgerechnet, dass südlich der Sahara insgesamt ein Ausbildungs- und Arbeitsplatzpotenzial von rund 2 Millionen allein im Photovoltaik-Sektor ist. Wir haben nicht nur in Südafrika, aber insbesondere – das haben wir eben schon gehört – die große Zahl der Jugendlichen, die einen Arbeitsplatz suchen. Wenn man sich vorstellt, dass viele von denen immer noch in den Zentren, in den Bergbauzentren sind und sowohl von der Klimaseite her als auch von der ökonomischen Seite her deutlich wird: Auch in Südafrika werden die da auf die Dauer keinen Job mehr finden. Dann ist es umso wichtiger zu sagen: Wir haben die Technologien, wir können gemeinsam weitere Entwicklungsschritte gehen, um den Menschen eine Perspektive zu geben.

Das ist ein Sektor, also die direkte Entwicklung von erneuerbaren Energielösungen. Aber das geht natürlich viel weiter. Wenn man sich den Verkehrssektor anguckt: Verkehrsinfarkt ist nicht nur in Nordrhein-Westfalen öfter ein Thema, sondern mittlerweile auch in vielen Städten Südafrikas, wo beim Thema Mobilität der Gautrain zum Beispiel ein Projekt ist, das es schon gibt und das zeigt, dass es auch anders geht, dass gute Lösungen mit öffentlichem Verkehr möglich sind. Aber da werden wir auch gemeinsame Lösungen suchen. Ich glaube, dass wir davon auch im Austausch profitieren können.

Wir werden sicherlich auch im Bereich Maschinenbau profitieren können. Wir haben aus Nordrhein-Westfalen zum Beispiel Don Bosco Bonn, die in Bonn sitzen, die unterstützen ein Projekt Life Choice, wir unterstützen die auch, die sitzen in Kapstadt. Die haben sehr offensive Projekte, junge Menschen aus den Townships in Start-ups zu bringen, die machen sehr starke Informatikausbildung, die machen sehr starke Start-Up-Mindset-Ausbildung für junge Menschen, wovon wir auch noch einiges lernen können, auch für das, was wir hier in Deutschland jungen Menschen an Perspektiven anbieten, nämlich auch ganzheitlich ranzugehen und nicht nur zu sagen: Wir versuchen jetzt in eine Richtung, also nur auf dem universitären Sektor zu setzen, sondern wirklich auch darauf zu setzen, was man aus sich selbst heraus an neuen Ideen entwickeln kann. Da gibt es für beide Seiten sehr viel Potenzial.

Ganz kurz, das wurde eben auch angesprochen, zum Bereich Landwirtschaft: Es ist eben nicht damit getan zu sagen, die Südafrikaner müssen ihre Landreform in den Griff kriegen, sondern es geht nicht nur darum, Land umzuverteilen, sondern es geht auch darum, dann die entsprechende Ausbildung mitzugeben. Wenn ich jemandem, der aus dem Township kommt, sagt: Das ist jetzt dein Land, das gibt der Staat dir, oder das haben wir enteignet. Das ist eigentlich gar nicht so wichtig, sondern der wichtige Punkt ist: Habe ich die richtige Qualifikation, hinterher auf diesem Land auch produktiv wirtschaften zu können? Also auch da wäre im Austausch eine Menge zu machen.

Letzter Punkt – zu meinem Vorschlag, was das Visum angeht: Da haben Sie mich ein bisschen falsch verstanden. Es ging mir nicht darum, dass es einfacher wird für Deutsche, ein Visum in Südafrika zu bekommen, sondern es geht vor allen Dingen darum zu sagen: Wenn wir Reverse-Programme machen wollen, dass wir dann nicht immer wieder diese Barriere haben, dass wir einen Zeitplan machen. Wir bereiten eine Besuchsreise vor und bis zum letzten Moment zittern wir: Kriegt er jetzt ein Visum, oder haben wir das Ticket umsonst gekauft, und er kann nicht oder sie kann nicht fliegen? Es wäre sowohl für die zivilgesellschaftlichen Austauschprogramme ein echter Fortschritt, wenn wir da zu Vereinfachungen kämen, sei es im ersten Schritt auch einfach ein On-Arrival-Visum auf dem Flughafen in beide Richtungen. Das wäre schon ein Fortschritt, bevor man zu einer Abschaffung der Visumpflicht insgesamt kommt.

Das ist auch – das höre ich immer wieder – für Wirtschaftsunternehmen ein echtes Hindernis, wenn die gemeinsam einen Messestand machen wollen mit ihrem Joint-Venture-Partner und nicht wissen, ob der Partner jetzt ein Visum bekommt. Das liegt dann zum Teil auch – das haben Sie angesprochen – an einer administrativen Überforderung, weil man einfach keinen Termin in der Botschaft oder in der Konsular-Abteilung kriegt. Aber da könnte man einfach zu einer größeren Planungssicherheit beitragen, wenn wir da ein Stück offener würden, auch als Bundesrepublik. Das kann so ein Land nicht machen. Deswegen habe ich in meinen Vorschlag reingeschrieben, eine Bundesratsinitiative zu starten. Das Thema im Blick zu behalten, dass da einfach Hindernisse aufgebaut sind, die in beide Richtungen das Leben schwermachen – das wäre mein großes Anliegen. – Vielen Dank.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Vielen Dank. – Als Letzter in dieser Runde, Herr Dr. Kaußen. Bitte.

Dr. Stephan Kaußen (Kaußen Consulting, Aachen): Zuerst einmal Entschuldigung, dass ich Ihnen die Sitzungsordnung torpediert habe. Tut mir wirklich leid.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Es ist alles gut. Ich denke, dass Sie ja jetzt umso zügiger Ihr Statement machen können.

Dr. Stephan Kaußen (Kaußen Consulting, Aachen): So machen wir es! – Ich greife den Begriff von Herrn Meiwald auf „administrative Probleme“ und komme damit zur Beantwortung der Frage: Mit wem sollten wir kooperieren? Sie hatten gefragt, demnach gar nicht mit der Regierung, sondern nur mit der Zivilgesellschaft. Ich glaube nein, sondern sowohl – als auch. Ich wollte nur den Punkt machen. Die Zivilgesellschaft ist diejenige, die ich für hoffnungsvoller halte, was positive Ergebnisse angeht.

Wir dürfen – auch das ist so ein „Hangover“ der Apartheid – die Frage des Stolzes derjenigen, die jetzt in der Regierung sind, nicht vergessen. Wie gesagt: Seit 25 Jahren dürfen sie zum ersten Mal mitreden und entscheiden. Wir dürfen sie auf gar keinen Fall übergehen. Aber das Kernproblem des ANC in der Regierung ist neben Korruption Konzeptlosigkeit und die Tatsache, dass Kompetenzen fehlen. Das ist so ähnlich wie die Landfrage. Wir können nicht einfach das Land den Weißen wegnehmen, es den

Schwarzen geben und dann passiert nichts an Produktivität. Ich sage noch einmal: Ich bin kein Rassist, aber ich versuche, die Dinge klar zu benennen. Es fehlt aufgrund der mangelnden Ausbildung über Jahrzehnte an Kompetenzen. Die Kompetenzen finden wir zum Glück gerade in den zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Sie hatten die Frage gestellt: Mit welchen Provinzen sollten wir dann im Idealfall kooperieren? Mehr mit den zentralen wie Gauteng, den großen, auch den Städten wie Kapstadt als Zentrum des Western Cape oder gerade mit den ländlichen Provinzen? Ich würde sagen sowohl – als auch. Aber man muss sich sehr genau überlegen: An welchen Stellen kann ich mit welchen Counterparts andocken und etwas Sinnvolles erreichen? Wenn ich in den Metropolen ansetze, kann ich viel stärker über Demokratieförderung nachdenken, über Qualifikationsniveaus, die in den ländlichen Provinzen überhaupt nicht gegeben sind oder nur sehr marginal. Das würde bedeuten im Umkehrschluss: In den ländlichen Gebieten kann ich mich auf das Thema „Landwirtschaft“ fokussieren, um die Bevölkerung mit einer Grundversorgung überhaupt erst einmal zu bereichern im Sinne von Teilhabe und dann vernünftige Schul- und Gesundheitsstrukturen in den Provinzen.

Ich hatte eben gesagt: Erste und Dritte Welt Tür an Tür – das muss man bedenken – und da auch unsere Strategien entwickeln.

Ein letzter Punkt, der hier genannt wurde „Werben für Austauschprogramme“: Ich glaube, ja. Es gibt in Südafrika mittlerweile eine Lost Generation – mindestens eine –, Lost Generation, eine verlorene Generation, was Bildung und Perspektiven, Chancen auf dem Arbeitsmarkt angeht. Herr Feltes hat das angedeutet: Wenn das so weitergeht, dann droht dort Explosionsgefahr, und der Gini-Koeffizient sagt es eindeutig: Südafrika ist das Land mit der maximalen Spreizung zwischen Reich und Arm. Wir müssen – Herr Meiwald, Sie haben vollkommen recht – Teilhabemöglichkeiten schaffen, sonst haben wir eine Explosion oder eine Implosion, und daran können wir kein Interesse haben. – Danke schön.

Vorsitzender Dietmar Brockes: Ganz herzlichen Dank. – Wir schließen damit die zweite Fragerunde ab und befinden uns auch schon auf der zeitlichen Zielgerade. Deshalb darf ich die Kolleginnen und Kollegen fragen, ob es noch wesentliche Nachfragen gibt. – Ich sehe, das ist nicht der Fall. Dann danke ich Ihnen ganz herzlich, dass Sie uns heute hier zur Verfügung gestanden haben und unsere Beratungen mit Ihren Ausführungen bereichert haben. Sie haben an den Fragen gesehen, welches Interesse hier im Ausschuss an dem Thema herrscht. Insofern können Sie sicher sein, dass wir uns auch weiter intensiv mit Ihren Ausführungen heute beschäftigen werden. Ganz herzlichen Dank.

(Allgemeiner Beifall)

2 Europäische Strategie für Kunststoff in der Kreislaufwirtschaft

Vorlage 17/1553

Stellungnahme 17/1406

Stellungnahme 17/1411

Stellungnahme 17/1424

Stellungnahme 17/1436

Stellungnahme 17/1443

Stellungnahme 17/1444

Stellungnahme 17/1445

Vorsitzender Dietmar Brockes begrüßt Frau Staatssekretärin Güler, die heute die Landesregierung vertrete. Bei der Terminplanung sei damals bereits bekannt gewesen, dass heute der Bundesrat tage und Herr Minister Dr. Holthoff-Pförtner als auch Herr Dr. Speich heute an der Sitzung nicht teilnehmen könnten.

Mit Schreiben vom 28. März dieses Jahres habe der Ausschuss zehn Institutionen angeschrieben mit der Bitte, zur Vorlage und weiteren sechs Fragen Stellung zu nehmen. Sieben Institutionen hätten geantwortet. Die Antworten lägen vor.

Rüdiger Weiß (SPD) führt aus, im Januar habe man Kenntnis davon gehabt, dass Frau Ministerin Heinen-Esser einen Bericht habe abgeben wollen bezüglich der Initiativen im Bundesrat. Das sei jetzt ein knappes halbes Jahr her. Er frage, wie der Sachstand sei, ob mittlerweile Dinge angedacht seien und wann man möglicherweise damit rechnen könne, dass es Initiativen gebe.

Dann habe er eine Bitte. Jeder, der sich mit der Europäischen Strategie für Kunststoffe beschäftigt habe, habe festgestellt, dass das Thema sehr wichtig sei. Er frage, ob es nicht möglich sei trotz unterschiedlicher Herangehensweise und Betrachtungsweise des einen oder anderen Problems, ob man es nicht schaffe, bei einem solch wichtigen Thema eine gemeinsame Positionierung auf den Weg zu bringen. Das wäre ein Wunsch, den er hätte. Er glaube, dass das Thema so wichtig sei, dass man vielleicht über Parteigrenzen hinweg etwas hinbekommen könnte.

Oliver Krauß (CDU) bestätigt, das sei ein enorm wichtiges Thema. Man sehe auch, dass das Thema inzwischen so verfolgt werde, dass man sogar Szenen erlebe, dass der Kunststoffmüll wieder zu den Erzeugern zurückgebracht werden solle, wenn er an Stränden angeschwemmt werde. Die Anregung vom Kollegen Weiß nehme er gerne mit. Er bitte um Verständnis, dass man sich zunächst die Stellungnahme aus dem Hause der Kollegin Ministerin Heinen-Esser anhören wolle. Dann werde man wohlwollend gucken, inwieweit eine gemeinsame Initiative möglich sei. Er bitte um Verständnis, dass er sich heute noch zurückhaltend äußere, weil er den Ergebnissen der Landesregierung auch in keiner Weise vorgreifen wolle.

Johannes Remmel (GRÜNE) hält fest, in der Tat gebe es eine europäische Vorgabe, die national umgesetzt werden solle. Zum Zweiten könne man den Kreis etwas breiter

ziehen. Auch die Presseberichterstattung weise auf die grundsätzlichen Problemlagen hin. 28 kg Plastikmüll produziere jeder Bundesbürger, jede Bundesbürgerin im Durchschnitt. Mit Blick auf die Einordnung der Umweltrelevanz sei das neben dem Klimawandel, neben dem Schutz der Artenvielfalt und dem übermäßigen Eintrag von Düngestoffen das viertgrößte Umweltproblem mit zunehmender Tendenz. Insofern gebe es hier eine besondere Relevanz. Er wundere sich, dass die Stellungnahmen, die bisher von der Landesregierung dazu gekommen seien, aber auch Teile der Stellungnahmen, die in der schriftlichen Anhörung erfolgt seien, das Problem ein bisschen antippen würden, aber den wirklichen Fokus, das, was Nordrhein-Westfalen möglicherweise dazu beitragen könnte, nicht wirklich ansprechen würden.

Aus Sicht seiner Fraktion sei die europäische Vorgabe unzureichend, wenn man sich vergegenwärtige, dass in fast der Hälfte der europäischen Länder noch Deponien erlaubt seien. Das, was man hier schon längst wegen der TAsi nicht mehr habe, sei in vielen europäischen Ländern noch erlaubt. Insofern stelle sich die Frage, wie man da zu einer gemeinsamen europäischen Verbesserung kommen könne. Er könne sich vorstellen, dass ein Impuls auch von Deutschland oder Nordrhein-Westfalen ausgehen könnte.

Man habe in Nordrhein-Westfalen – das sei vielleicht das Wesentlichere – auch entscheidende Akteure sitzen, um die Dinge zu verändern. Hier säßen die Chemieindustrie, die Produzenten. Man sollte auch hier vorsichtig darauf hinweisen, dass man Diskussionslagen und Entwicklungen bekomme, die an anderer Stelle – Stichwort Automobilindustrie – deutlich machten, wer zu spät komme, den bestrafe das Leben. Vonseiten der Produzenten müssten Strategien entwickelt werden, wie sowohl der Umgang mit dem Produkt als auch das spätere Recycling gewährleistet werden könnten. Da sehe er eine große Zurückhaltung.

Auf der anderen Seite habe man große Entsorger in Nordrhein-Westfalen sitzen, die mittlerweile ihre Unternehmenskultur und ihren Unternehmensansatz so verändert hätten, dass sie nicht mehr – früher sagte man – einfache Müllkutscher seien, sondern umfassende Berater rund um das Produkt und selbst schon Dienstleistungen anböten, wie Produkte gestaltet werden könnten, damit sie am Ende wiederverwertet werden könnten. Das zusammenzubringen, daraus eine wirtschaftliche Stärke für die Zukunft mit entsprechenden Angeboten zu ziehen, das wäre eigentlich Aufgabe der Landesregierung.

Im Wirtschaftsministerium habe man eine Kunststoffstrategie. So richtig aufscheinen wolle das bisher in den Stellungnahmen jedenfalls nicht. Er würde sich hier mehr wünschen. Vielleicht könne das ja heute zumindest ansatzweise von den Vertretern der Landesregierung dargestellt werden.

Sven W. Tritschler (AfD) betont, seine Fraktion halte das Thema für etwas überbewertet. Das sei die neueste „grüne Sau“, die durchs getrieben werde. Die deutschen Verbraucher gäben seit Jahrzehnten im weltweiten Vergleich riesige Summen für die Kreislaufwirtschaft, für das duale System aus. Er verweise auf das Dosenpfand, alles Dinge, die Plastikmüll reduzierten bzw. dafür sorgten, dass er richtig entsorgt werde.

Unstreitig sei, dass der Kunststoff in den Weltmeeren, um den es in der Problemdarstellung immer gehe, überwiegend nicht aus Europa komme, noch weniger aus Deutschland, sondern aus Asien und Afrika. Deswegen sehe seine Fraktion in Europa, insbesondere in Deutschland, keinen Handlungsbedarf, schon gar nicht, wenn er wieder mit weiteren Belastungen für die Verbraucher verbunden sei.

Oliver Krauß (CDU) ist erfreut darüber, dass Herr Remmel im Rahmen seiner Ausführungen davon abgerückt sei, eine Klassifizierung vorzunehmen, was denn an welcher Stelle zu stehen habe. Fest stehe, dass alle von Herrn Remmel dargestellten Probleme ihre Bedeutung hätten und dass es nicht darum gehe, eine Rangfolge in irgendeiner Weise festzusetzen. Er wolle nicht darauf eingehen, wie es dazu komme, dass immer mehr Einwegklassen im Handel seien. Auch das habe seine Geschichte.

Wer die Pfandstrategie eingeführt habe, das sei allseits bekannt, und welche Folgen man damit erreicht habe. Aus seiner Sicht sei es auch nicht relevant, wer den Müll tatsächlich produziert habe. Man könne schlecht sagen, das gehe einen nichts an. Es sei grundsätzlich ein Problem, dessen man sich anzunehmen habe. Er weise darauf hin, dass die Landesregierung keineswegs so untätig gewesen sei, wie das gerade unerschwinglich angeklungen habe. Man habe in NRW bereits gute Strukturen. Man müsse – deshalb sei es das Thema auch im Europaausschuss richtig angesiedelt – die Kreislaufwirtschaft konsequenter umsetzen. Es gehe darum – das habe die Landesregierung mehrfach deutlich gemacht –, den Gebrauch und den Verbrauch von überflüssigen Verpackungen zu reduzieren und im selben Zug dafür zu sensibilisieren, dass Kunststoffe auf dem Weg zu einer ressourceneffizienten Wirtschaft Teil der Lösung seien. Das Land setze ganz bewusst auf kooperative Ansätze zusammen mit der Aufklärung der Konsumenten.

Bezüglich der Umsetzung der Ziele der Strategie sei einiges in die Wege geleitet worden. Er erinnere daran, dass die Ministerien für Wirtschaft und Umwelt in Brüssel eine gemeinsame Veranstaltung im Februar dieses Jahres durchgeführt hätten. In seiner eigenen Nachbarschaft verweise er auf das Projekt „metabolon“ vom Bergischen Abfallwirtschaftsverband, in das sich die Landesregierung mit Landesmitteln, aber auch mit EFRE-Mitteln mit rund 15 Millionen € eingebracht habe. Er erinnere daran, dass das Fraunhofer Exzellenzcluster „Circular Plastics Economy“ in Oberhausen durch das Land NRW unterstützt werde. Den Anschein, dass hier tatenlos die Situation hingenommen werde, könne er in keiner Weise im Raum stehenlassen.

StS Serap Güler (MKFFI) betont, die Landesregierung begrüße die Strategie der EU-Kommission. Sie sei geeignet, zu einer modernen und ressourceneffizienten Wirtschaft beizutragen und somit die Pariser Klimaziele erfüllen zu können. Die Landesregierung unterstütze grundsätzlich auch, dass der Schwerpunkt auf Wiederverwertung und Recycling von Kunststoffprodukten gelegt werde.

Allerdings teile die Landesregierung auch zumindest bei einem Punkt die Ansicht von Herrn Remmel, dass die Strategie in einigen Punkten hätte konkreter werden können. Das betreffe vor allen Dingen den Punkt Vermeidung von Kunststoffabfällen. Da sei die Strategie nicht konkret genug. Diesbezüglich habe im Februar dieses Jahres eine

Veranstaltung in Brüssel stattgefunden, auf die Herr Krauß aufmerksam gemacht habe, zusammen mit der Ministerin Heinen-Esser und Herrn Minister Pinkwart. Dabei sei mit verschiedenen Akteuren auf europäischer Ebene über das Thema „Kunststoff und Verpackungen“ diskutiert worden.

Die vorliegenden Stellungnahmen zu dem Antrag zielten weniger auf die Kunststoffstrategie als vielmehr auf die Richtlinie zur Verringerung der Auswirkungen bestimmter Kunststoffprodukte auf die Umwelt vom Mai letzten Jahres. Diese sei sowohl im Europäischen Parlament als auch im Rat in außergewöhnlich kurzer Zeit diskutiert worden. Zudem seien die Trilogverhandlungen erfolgreich abgeschlossen worden. Nach dem Parlament habe Ende Mai auch der Rat den Vorschlag übernommen.

Nach der Veröffentlichung im Amtsblatt der EU werde nun die nationale Umsetzung anstehen. Dazu werde die nordrhein-westfälische Landesregierung auch nachhaltige Lösungen vorstellen. Insofern werde, wie von Herrn Remmel gewünscht, in Zukunft auch mehr diesbezüglich kommen, sodass sie diesen Antrag an dieser Stelle für überflüssig halte.

Johannes Remmel (GRÜNE) erwidert, seine Fraktion habe gar keinen Antrag gestellt, sondern eine Berichtsanhfrage an die Landesregierung. Frau Güler habe gerade wiederholt, dass man im Rahmen der nationalen Umsetzung zu Anpassungsvorschlägen kommen werde. Das sei bislang der offene Punkt. Man wisse nicht, was denn nun verändert und modelliert werden solle. Er wäre sehr gespannt, wenn Frau Güler das etwas ausführen könnte. Eine Antragstellung würde sich seine Fraktion noch vorbehalten. Das wäre erst der nächste Schritt. Vielleicht brauche man das ja gar nicht, wenn die Landesregierung die entsprechenden Initiativen starte.

StS Serap Güler (MKFFI) stellt richtig, es hätte Forderungen heißen müssen, in der Tat. Die Forderung, dass die Landesregierung diesbezüglich etwas liefern müsse, werde in die Tat umgesetzt. Sie erinnere daran, dass der Europaausschuss nicht der federführende Ausschuss sei. In dem federführenden Ausschuss werde die Ministerin demnächst auch die Lösungsansätze der Landesregierung vorstellen, womit die Forderung der Grünen vonseiten der Landesregierung erfüllt werden würde.

Rüdiger Weiß (SPD) führt aus, auch auf die Gefahr hin, dass er sich wiederhole: Er glaube, dass das Thema sehr wichtig sei. Herr Kollege Krauß habe die ausgestreckte Hand halbwegs ergriffen. Das finde er gut. Er habe auch nicht erwartet, dass Jubelstürme im Ausschuss ausbrächen. Er bitte darum, das Angebot zu prüfen, ob man nicht zu einer gemeinsamen Sprachregelung kommen könne, quer durch die Fraktionen, weil das Thema zu nachhaltig, zu wichtig sei, um hier parteitaktisch irgendetwas auf die Reise zu bringen. Wenn das jeder wohlwollend mit in seine Fraktion nehme, sei man vielleicht beim nächsten Mal einen Schritt weiter, auch wenn der Europaausschuss nicht der federführende Ausschuss sei. Ihm gehe es aber um die Sache.

Johannes Remmel (GRÜNE) meint, über die Frage, welcher Ausschuss für welches Thema federführend sei, entscheide der Antragsteller. In diesem Fall habe seine Fraktion die Meinung vertreten, dass es sich hier um einen Sachverhalt handle, der im europäischen Zusammenhang geklärt werden sollte, was an Forderungen etwa an die Europäische Union zu stellen seien und wie das in nationales Recht umgesetzt werde. Es sei eine ständige Übung, das unter Europagesichtspunkten zu betrachten. Er bitte die Landesregierung, das in der nächsten Sitzung darzustellen. Seine Fraktion habe den Berichtswunsch hier geäußert. Den halte er nach wie vor aufrecht, um zu wissen, in welcher Weise sich die Landesregierung hier einbringen wolle.

Vorsitzender Dietmar Brockes erwidert, den Berichtswunsch könne die Fraktion aussprechen. Das Parlament lege dann fest, ob dem entsprochen werde.

Bianca Winkelmann (CDU) schickt voraus, sie sei heute als stellvertretendes Mitglied im Ausschuss, aber hauptsächlich im Bereich des Umweltausschusses tätig. Das Thema sei interessant. Sie räume ein, diese Thematik müsse man sicherlich auf EU-Ebene besprechen. Sie sehe aber trotzdem den Umweltausschuss stark involviert. Der Umweltausschuss befasse sich intensiv damit. Sie gebe Herrn Weiß die Zusage, dass auch sie sich dafür einsetzen werde, dass man das Thema im Umweltausschuss fraktionsübergreifend besprechen werde. Da sei sie an der Seite von Herrn Weiß. Das sei ein so wichtiges Thema, das man gemeinsam bearbeiten sollte.

Kollege Remmel kenne sicher aus seiner ehemaligen Tätigkeit die vielfältigen Bemühungen der Kreislaufwirtschaft, die auf einem guten Wege seien. Man habe es vorhin gehört: Das Ministerium arbeite intensiv an entsprechenden Lösungen. Das sollte man auch im Schulterschluss – das wäre zumindest ihr Ansatz – mit dem Umweltausschuss und dem Europaausschuss auf den Weg bringen.

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, das sei sicherlich ein Thema für den Europaausschuss. Da er gleichzeitig dem Umwelt- und dem Wirtschaftsausschuss angehöre, glaube er, dass dieses Thema alle drei Bereiche betreffe.

3 Lernen über Europa für Europa: Europapolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit weiter stärken

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4106

Vorsitzender Dietmar Brockes merkt an, dieser Antrag sei vom Plenum in seiner Sitzung am 15. November letzten Jahres an den Europaausschuss federführend sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Schule und Bildung, den Wissenschaftsausschuss und den Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend überwiesen worden. Der mitberatende Ausschuss für Schule und Bildung sowie der Wissenschaftsausschuss hätten jeweils auf die Abgabe eines Votums verzichtet. Der Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend habe den Antrag am Vortage abgelehnt.

Johannes Remmel (GRÜNE) führt aus, auch wenn die Europawahl vorbei sei – „nach dem Spiel ist vor dem Spiel“ – komme es darauf an, den Europagedanken weiter zu stärken und ihn stärker zum integralen Bestandteil der Bildungsanstrengungen des Landes zu machen. Bildung sei ein wesentliches Moment von Landespolitik. Er brauche auch gar nicht viele eigene Argumente zur Begründung des Antrages anzuführen. Die Landesregierung selbst sehe diese Notwendigkeit.

Er wolle nun zwei Aussagen zitieren. Der Ministerpräsident habe in der „Kölnischen Rundschau“ vom 7. November ein Interview gegeben, in dem quasi die Begründung des Antrags enthalten sei. Er habe nämlich gesagt:

„Wir müssen daran verstärkt arbeiten, die EU den Menschen besser zu erklären. Wir wollen die Idee der europäischen Einigung in der nordrhein-westfälischen Zivilgesellschaft fester verankern, mehr als bisher, zum Beispiel gezielt durch Veranstaltungen von uns und durch Unterstützung pro europäischer Initiativen und Akteure in unserem Land.“

Auch die Schulministerin und der Europaminister hätten in ihrer Einladung zur 9. Jahrestagung der Europaschulen im November letzten Jahres im Prinzip die Gründung für den Antrag geliefert. Sie sagten nämlich:

„Wir wollen europapolitische Bildungsarbeit noch stärker unterstützen, um Schülerinnen und Schülern und ihren Familien aufzuzeigen, welche Chancen Europa bietet und in welchem Europa wir in Zukunft leben wollen. Den Europaschulen in Nordrhein-Westfalen kommt hier eine besondere Rolle zu.“

Besser könne man einen solchen Antrag nicht begründen. Er gehe davon aus, dass man hier ein einstimmiges Votum für den Antrag bekommen werde.

Thomas Nückel (FDP) hält fest, Kollege Remmel habe gerade zurecht den Ministerpräsidenten aus dem November zitiert. Damit habe sich der Antrag erledigt. Denn die Hausaufgaben seien bereits geleistet worden.

Das Thema sei wichtig. Da habe man keine Nachhilfe seitens der Grünen nötig. NRW habe den Vorsitz der Europaministerkonferenz. Das werde dazu genutzt, um das im Antrag angesprochene Konzept weiterzuentwickeln. Gerade im Vorfeld der Europawahlen seien verschiedene Mobilisierungsmaßnahmen, gerade mit Blick auf junge Menschen durchgeführt worden. Die Bildungsprogramme liefen. Er habe das Gefühl, dass die Forderungen des Antrags ins Leere liefen, weil die umfangreichen Bildungsangebote bereitstünden und weiterentwickelt würden.

Im Beschlussteil des Antrags werde die Weiterentwicklung von Programmen angesprochen. Das bleibe recht vage. Es verursache, so wie es skizziert sei, einen erheblichen bürokratischen Aufwand. Da könne man die Zeit auch sinnvoller nutzen. Er lehne den Antrag ab.

Oliver Krauß (CDU) unterstreicht, man könne Zeitungsberichte offensichtlich so oder so auffassen. Die Zitate seien hilfreich gewesen. Sie zeigten, dass die Aufforderung an die Landesregierung, wie das der Vorredner schon dargestellt habe, ins Leere gingen, dass die Landesregierung keinen Nachhilfeunterricht brauche. Die Landesregierung mache ihre Hausaufgaben.

Das Thema sei im Europaausschuss richtig. Die Europaministerkonferenz befasse sich regelmäßig mit dem Thema „Europäische Öffentlichkeitsarbeit“. Man habe in diesem Ausschuss, im Parlament, einen gemeinsamen Wahlauftrag gestartet. Die Landesregierung werde im September im Rahmen der EMK berichten. Seine Fraktion sehe keinen Handlungsbedarf, weil genau das, was die Grünen forderten, die Landesregierung auch nach den zitierten Wortmeldungen bereits eingebracht habe und umsetze.

Sven W. Tritschler (AfD) verweist auf seine Ausführungen im Plenum. Im Antrag werde wie so oft EU-Kritik mit Europafeindschaft gleichgesetzt. Die Stoßrichtung sei klar: Es gehe nicht um Bildung, sondern um Indoktrination. Vor dem Hintergrund werde seine Fraktion den Antrag ablehnen.

Johannes Remmel (GRÜNE) meint, hier gebe es ein Missverständnis. Er wolle nicht die Europaministerkonferenz schlauer machen. Er gehe davon aus, dass das gut verankert sei. Es gehe um die Bildung und die Bildungsarbeit sowohl in der Weiterbildung als auch in der schulischen Bildung, also in der Kinder- und Jugendbildung in der Zivilgesellschaft in Nordrhein-Westfalen. Er habe die Äußerung der Ministerin und des Ministerpräsidenten so verstanden, dass das eine Ankündigung sei, mehr zu tun. Seine Fraktion liefere mit dem Antrag sozusagen den Rahmen und die Richtung, in der man mehr tun könnte.

Er könne nicht erkennen, dass bisher mehr getan werde als ohnehin im Haushaltsrahmen vorgesehen sei. Jetzt wolle man der eigenen Regierung die Grundlage entziehen, indem man nicht „Butter bei die Fische“ tue. Es gehe doch darum, mehr zu tun als in der Vergangenheit und nicht den Status Quo weiterlaufen zu lassen, weil es hier einen wesentlichen Auftrag in der Bildung gebe, für eine Verbreiterung des Europagedankens zu sorgen.

Er habe gerade gehört, wie das eingeordnet werde. Es sei doch alle Anstrengungen wert, hier nachzulegen, um solchen Fehleinschätzungen und Fehlentwicklungen entgegenzutreten.

Oliver Krauß (CDU) erwidert, Rahmen und Richtung gebe das Parlament gerne vor, wenn man der Auffassung sei, dass Rahmen und Richtung falsch seien oder vorgegeben werden müssten. Herr Remmel verkenne in seinen Augen, dass die Zivilgesellschaft bereits in zahlreiche Projekte und Programme der Landesregierung eingebunden sei. Er erinnere an den Aufruf zur Europawoche, an den Preis „europaaktive Zivilgesellschaft“ oder den Wettbewerb „Europa bei uns zuhause“.

Auch was die Ausstattung und Aktionen angehe, die in Europaschulen möglich seien, so weise er darauf hin, dass die Europaschulen strukturell abgesichert seien. Es handele sich um bereits profilierte eingerichtete Schulen. Wenn hier zusätzlicher finanzieller Bedarf entstehen sollte, finanzielle Unterstützung notwendig sein sollte, dann müsste man zunächst die Bedarfe evaluieren, die Bedingungen definieren, auch dort Rahmen und Richtung.

Seine Fraktion sei der festen Überzeugung, dass die Landesregierung Rahmen und Richtung sehr wohl kenne und man insofern keine weiteren Vorgaben machen müsse. Die Diskussion habe ihn noch mehr davon überzeugt, dass das Votum seiner Fraktion Ablehnung heißen müsse.

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/4106** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

gez. Dietmar Brockes
Vorsitzender

Anlage

09.08.2019/23.08.2019

73

Anhörung von Sachverständigen
„25 Jahre Post-Apartheid: NRW-Südafrika-Partnerschaft für Frieden, Demokratie und nachhaltige Entwicklung stärken!“
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 17/5379 (Neudruck)

Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales
am 7. Juni 2019, 10.00 Uhr, Raum E 3 A 02

Eingeladen	Teilnehmer/innen	Stellungnahme
Südafrika Forum Gabriela Schmitt c/o Arbeit und Leben DGB/ VHS NW e.V. Düsseldorf	Peter Reichenbach	17/1569
Eine Welt Netz NRW e. V. Udo Schlüter Münster	Monika Dülge	17/1568
Fachstelle Südafrika Vera Dwors c/o Amt für Mission, Ökumene und kirchliche Weltverantwortung der EKvW Dortmund	Vera Dwors	17/1572
Engagement Global Andreas Hennig Düsseldorf	Andreas Hennig	---
Dr. Ulrich Möller Evangelische Kirche von Westfalen Bielefeld	Christina Biere	17/1573
Tilman Feltes Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. Berlin	Tilman Feltes	17/1580
Peter Meiwald Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e. V. Aachen	Peter Meiwald	17/1571
Dr. Stephan Kaußen Kaußen Consulting Aachen	Dr. Stephan Kaußen	17/1581